

Bewegung für Sozialismus  
FÖJ

**offensiv  
links**

13 | April '75

**7** TERROR + TERROR

**6** WEM GEHÖREN DIE SLOWENEN?

**11** SÜDAFRIKA: DAS GESCHÄFT MIT DER MORAL

**16** BEDEUTET FEMINISMUS EMANZIPATION

# Mord beim Bundesheer: Kavaliersdelikt

Nicht das Bundesheer sitzt auf der Anklagebank, meinte Richter Schlinger, sondern nur einzelne Militärpersonen. Und dem schloß sich fast die gesamte bürgerliche Presse an. Nur "profil" machte eine Ausnahme: Nicht der "schwache Herr Wallechner" sei der Schuldige, sondern ein System – aber nicht das militaristische des Kapitalismus, sondern eine schlampige Beamtenhierarchie. In Wahrheit ist die Sache jedoch viel einfacher: Im Fall Wandl hat sich gezeigt, wie die Maschinerie des Militärs im Kapitalismus im Einzelfall funktioniert. Bitte schön, Herr Richter, schauen wir uns den Einzelfall an. Die Schlüsse daraus sind allgemeingültig genug.  
14. August 1974:

Gefechtsübung der Kaserne Mautern bei 37 Grad im Schatten. Die Jungmänner tragen 10 Kilogramm Gepäck und Stahlhelme, Ausbilder Wallechner ist leicht bekleidet, trägt kein Gepäck und statt des Stahlhelms eine Mütze. Aus dem Protokoll der Kameraden Wandls: Dabei bleibt ein Kamerad (nicht Wandl!) bewußlos liegen, ohne daß Wallechner dies aufgefallen wäre.

Später: Wandl bricht zusammen. Wallechner: "Wollen Sie mir die Füße abbusseln?" Wandl fleht um Wasser aus der Donau, abgelehnt. Und so weiter. Die Geschichte, die

mit dem Tod des 18-jährigen Präsenzdieners endet, ist ja bekannt.

Daß sie aber überhaupt bekannt wurde, ist klassenbedingter Zufall: Der Vater Wandls gehört der Kremser Bourgeoisie an, mit einflußreichen Bekannten und guten Kontakten zur Presse. Das ist nicht zynisch gemeint, sondern soll auf folgendes hinweisen: Im gleichen Sommer starb der Soldat Herbert Grosinger bei einer Übung in der Lobau. Seine Eltern stammten aus weniger begüterten Verhältnissen, hatten zum Beispiel kein Geld für einen Rechtsanwalt.

Dieselben Zeitungen, die groß über den "Fall Wandl" schrieben, erwähnten Grosinger kaum. Sie betonten den "Einzelfall", um das System dahinter zu vernebeln. Die Staatsanwaltschaft erhebt im Fall Wandl Anklage. Minister Lütgendorf versichert, das Bundesheer werde alle Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Die Zeitungen schreiben Brandartikel, um die Empörung der Bevölkerung zu kanalisieren. Und dann beginnt eine Serie von Merkwürdigkeiten: Obwohl der Vater

Fortsetzung auf Seite 2

## Die Rollen sind verteilt

"Schuld an der Krise ist nicht mein abgewirtschafteter Arbeitgeber, schuld sind die Gewerkschaften. Die waren so unverschämt mit ihren Lohnforderungen. Die allein haben uns so in die Tiefe geritten." Mit diesem Ausspruch eines arbeitslosen deutschen Bauangestellten aus dem "Zeit-Magazin" führt Karl Ausch in einem Artikel in der "Zukunft", dem theoretischen Organ der SPÖ, den österreichischen Arbeitern die Strafe vor Augen, wenn sie seine Vorschläge nicht beherzigen: Zurückschrauben der Lohnforderungen auf 7 bis 8 Pro-

zent (unter der Inflationsrate!), Einschränkung der Sozialleistungen, Steuererhöhungen.

Die alte Propagandawalze der Unternehmer – die Arbeiter selbst und ihre Löhne seien schuld an der drohenden oder schon vorhandenen Krise – wird, wie man sieht, von manchen Sozialdemokraten eifrig mitbetätigt. Der gegenwärtige Wirtschaftsredakteur der "Arbeiter-Zeitung", Helmut Romé, etwa ist ein durchaus würdiger Nachfolger Ausch', der diesen Posten

Fortsetzung auf Seite 3

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ...man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt !

KARL MARX

## offensiv links

**OFFENSIV**, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst verändern.

**LINKS**, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

**offensiv links** - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN  
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ-Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.  
Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33a, Tel.: 34-67-145  
Vertrieb: 1040 Wien, Belvedereg. 10  
Tel.: 65-19-52

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Einzelpreis: S 5,-  
Abonnement: S 50,- jährlich

Kontonummer:  
223-102-976, Länderbank Wien

Fortsetzung von Seite 1

Wandls eine Prozeßverlegung nach Wien beantragt, da alle Richter in Krems bekannterweise in engstem freundschaftlichen Kontakt zu dortigen Garnison stehen, wird der Prozeß nicht verlegt. Eine Disziplinar-kommission des Bundesheers spricht den Kompaniekommandanten Hansen schon vor dem Strafprozeß frei, die Zwangsversetzung des Offizierstellvertreter Sandhacker wird rückgängig gemacht, der vom Dienst suspendierte Ausbildner Wallechner wieder eingestellt.

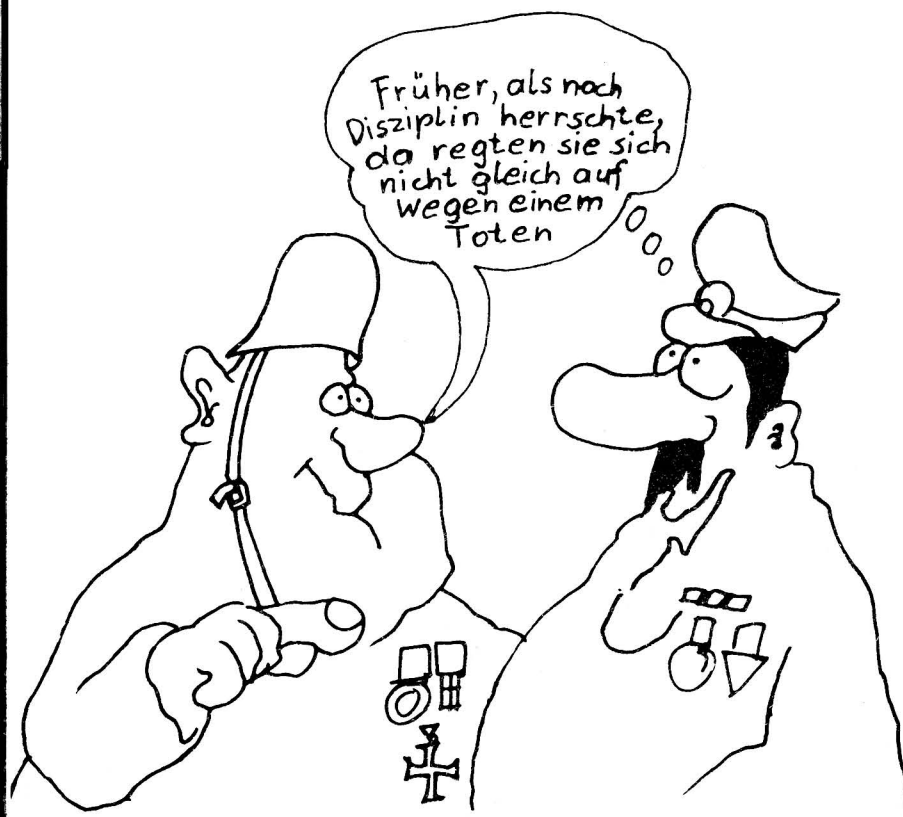
Als der Prozeß begann, sah man die Angeklagten in Uniform - obwohl es eine Vorschrift gibt, wonach Angeklagte Heeresangehörige in Zivil zu erscheinen haben. Das Ministerium hatte diese Bestimmung für diesen Prozeß aufgehoben. Damit war klargestellt: Das Bundesheer und das Verteidigungsministerium distanzieren sich nicht von ein paar "schwarzen Schafen", sondern identifizieren sich bewußt mit ihnen - da sage noch einer, das Bundesheer säße nicht auf der Anklagebank, schrieb der Kurier. Und dieses Bundesheer mußte dann vom Gericht natürlich mit Glacehandschuhen angefaßt werden.

Die Angeklagten waren nach einer derartigen Rückenstärkung gar nicht

bestrebt, einen "guten Eindruck" zu machen - die Sache war schon vor Prozeßbeginn für sie gelaufen. Sie gaben sich provokant (Hauptmann Schrötter: "Ich kenne im Bundesheer überhaupt keine harten Ausbildner" oder "Ich weiß nicht, was extreme Hitze ist").

Im Laufe des Prozesses wurden einige Einzelheiten der Ausbildung im Bundesheer bekannt: Ein übergewichtiger Soldat muß über 5 Kollegen springen, schafft es aber nur über 4, weigert sich, wird belehrt, das sei Befehlsverweigerung... Der Höhepunkt der gewünschten Entzweiung unter den Soldaten: der einzelne verletzt den anderen. Oder: Wie Soldatenvertreter eingeschätzt werden, erzählt einer vor Gericht: "Ich erhielt nach meiner Wahl keine Belehrung über meine Rechte als Soldatenvertreter. Hauptmann Schrötter sagte mir ganz offen, meine Aufgabe sei eine reine Alibifunktion. Ich dürfte mich um die Speisepläneinteilung kümmern aber das sei eigentlich nicht notwendig, da die Verpflegung ohnehin ausgezeichnet sei."

Daß die Soldaten dazu den ihnen formell zustehenden Beschwerdemöglichkeiten kein Vertrauen mehr haben, ist leicht verständlich. Umso zynischer ist die Bemerkung des Armeekommandanten Spannochki, der die Ka-



eraden Wandls deshalb als Feiglinge bezeichnete. Aber warum sollten sie gegen die täglichen Umgangsformen im Bundesheer Beschwerde erheben? Der Vater Wandls meinte dazu: "Die Kameraden meines Sohnes haben alle legalen Möglichkeiten ausgenutzt, die ihnen zur Verfügung standen. Sie haben z. B. gebeten, daß eine Pause eingelegt wird, daß sie meinen Sohn stützen dürfen usw. Alle diese Bitten wurden abgelehnt, andere Möglichkeiten hatten sie nicht. Wenn sie sich anders verhalten hätten, hätten sie nach §12 Militärstrafgesetz das Vergehen des Ungehorsams begangen, wenn sie einzeln etwas unternommen hätten, und nach §14 ein Verbrechen, wenn sich mehrere zusammengetan hätten, um Ungehorsam zu begehen. Dieses Verbrechen wird mit einem Strafausmaß von 6 Monaten bis zu 5 Jahren Kerker geahndet." ("profil" 11/1975)

Nachdem sich das Verteidigungsministerium hinter die Angeklagten gestellt hatte, ging es dem Gericht nur mehr um einen schnellen und glimpflichen Abschluß des Prozesses. "Daß hier ein junger Mensch einen sinnlosen Tod starb und daß sein Vater, der seitdem Trauer trägt, mitten im Gerichtssaal sitzt, scheint diesem Gericht überhaupt nicht bewußt zu sein", bemerkte sogar die AZ. Mit dem Anwalt des Vaters sprang das Gericht am ärgsten um. Die Starverteidiger, die vom Offizierscorps zur Verteidigung der Schleifer engagiert wurden, Vater und Sohn Stern, die bei der SPÖ als "liberale Juristen" gelten, fielen ihm stets ins Wort, der Richter brüllte ihn an. Die Angeklagten verweigerten ihm jede Antwort, was ihnen nach der Prozeßordnung zusteht. (Wallechner: "Diesem Privatbeteiligten beantworte ich keine Frage"), der Richter wiederholt die Fragen nicht (... Ihm hätten die Angeklagten nämlich antworten müssen). Der Vater des Toten ist der einzige, der sich gegen das Vorgehen des Gerichts, den Angeklagten einen guten Abgang zu bereiten noch wehrt. Deswegen wird sein Anwalt von den Angeklagten, der Verteidigung und dem Gericht fertiggemacht. Wenn es um die Verteidigung des Bundesheers geht, wird über Leichen gegangen, im makabersten Sinne des Worts.

So war das Urteil schon vorprogrammiert: Der brutalste der Ausbilder

freigesprochen, bedingte Strafen für die "Fahrlässigkeit" der anderen. Im Bundesheer sind sie alle inzwischen schon rehabilitiert, Hansen ist sogar zum Oberleutnant befördert worden. Das vom Vater Wandls verlangte symbolische Schmerzensgeld wurde abgewimmelt.

Die Zeitungen, die auf Grund der Em-

pörung der Bevölkerung anfangs Brandartikel gegen die Ausbildungsmethoden des Bundesheeres schrieben, haben zurückgeschaltet. Das Urteil sei ausgewogen, der Tod Wandels gesühnt. Schwamm darüber, die Bundesheerreform, die das Heer noch schlagkräftiger machen soll, soll nach dieser kleinen Störung unter Ausschluß der Öffentlichkeit weitergeführt werden.

Fortsetzung von Seite 1



lange Jahre innehatte. Romé waren bei den letzten Lohnrunden "die angemeldeten Lohnerhöhungswünsche eindeutig zu hoch... es gelte ein Erhöhungsmaß zu finden, das gesamtwirtschaftlicher Verantwortung gerecht wird." Zurückhaltung empfehlen ja auch der Finanzminister und der Nationalbankpräsident Kienzl. Letzterer ist sogar bereit, mit gutem Beispiel voranzugehen. Er kann es sich leisten...

Alle diese Stichworte benützen unsere beamteten Arbeitervertreter wie Arbeiterkammer-Präsident Hrdlitschka oder ÖGB-Sekretär Hofstetter regelmäßig, um ihre Unabhängigkeit von der Regierung und ihre konsequente Interessenvertretung herauszustreichen. Und gemessen an Aussch-Vorstellungen hören sich ja die Forderungen der Gewerkschaft geradezu maßlos an. Die Rollen sind verteilt. Aber dieses Theater enthüllt nicht, es verhüllt. Zum Beispiel die Tat-

sache, daß die Pro-Kopf-Gewinne im letzten Konjunkturzyklus 1967 bis 1974 um mehr als 200 Prozent stiegen, die Pro-Kopf-Löhne aber nur um 95 Prozent. Die "Presse" liegt ganz richtig, wenn sie ihren Lesern erklärt: "Die Forderungen des ÖGB scheinen schwindelerregend und in krassem Widerspruch zu stabilitätspolitischen Erfordernissen. Zumindest für Außenstehende wirkten sie auch als Brückierung der SP - Regierung und deren Steuerpolitik. Wie sich nun zeigt, war der Forderungsradikalismus der Gewerkschaftsbosse doch zu einem gewichtigen Teil verbaler Natur: Wahlpropaganda, wenn man will."

Nun, die Meinung des deutschen Bauarbeiters ist zwar falsch, nichtsdestoweniger auch in Österreich weit verbreitet. Sie wird genährt von der täglichen Erfahrung der Geldentwertung, sie wurzelt in dem täuschenden Schein kapitalistischer Produktion, ►

wo die Warenform des Produkts nicht von vornherein erkennen läßt, daß die Lohnhöhe zwar die Profithöhe, aber nicht den Wert des Produkts (bestimmt durch die verausgabte gesellschaftliche Arbeitszeit) beeinflusst. Sie wird vertieft durch die Politik des ÖGB, der "gesamtwirtschaftliche Vernunft" predigt und sich damit den Profitinteressen des Kapitals unterwirft. Krisenhafte Tendenzen sind nicht die Folge davon, daß die Einkommen der arbeitenden Menschen gestiegen sind, sondern davon, welche Rolle der Lohn in diesem System spielt. Relativ geringe Löhne vergrößern die Schere zwischen Konsumtionskraft der Massen und Produktivkraft des Kapitals, relativ hohe Löh-

ne stumpfen den "Stachel des Gewinns" ab. Es bringt also nichts, "gesamtwirtschaftliche Rücksichten" zu nehmen. "Eine gewisse Höhe der Profitrate entscheidet über Ausdehnung oder Beschränkung der Produktion, statt des Verhältnisses der Produktion zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen" (Marx). Lohnforderungen müssen sich einzig und allein an den Interessen der Arbeiter orientieren, wenn es zu keinen Realeinkommensverlusten kommen soll. Den Unternehmern ist es bekanntlich gelungen, die Verteilung des Volkseinkommens zu ihren Gunsten zu verschieben, d. h. die Lohnquote hat abgenommen, es gab überdurchschnittliche Profite. Wenn die Arbei-

ter versuchen, diese Entwicklung zumindest teilweise zu korrigieren, trachten die Unternehmer durch Preissteigerungen ihre hohen Gewinne zu halten. Genau das passierte im letzten Jahr.

Nichts brauchen die Unternehmer mehr als eine Arbeiterschaft, die sich "schuldig" fühlt, um ihre Schwierigkeiten, die in den Gesetzen der Kapitalakkumulation begründet sind, mit Maßnahmen zu bekämpfen, die die Arbeiter treffen: geringe Lohnzuwachsrate, Kurzarbeit, Verlust des Arbeitsplatzes. Die Rollen sind verteilt. Wie lange werden die österreichischen Arbeiter mitspielen?

P.K.

## Ortstafelmontage

# Eiertanz und braune Furze

Langsam wird es leid, über das leidige Thema "Kärnten" zu schreiben. Eigentlich müßte man den Kugelschreiber beiseite legen und zu etwas anderem greifen...

Die sich seit Jahren abspielenden Ereignisse in unserem deutschnationalen Zoo Kärnten, lassen einem freilich die Grausbirn' aufsteigen.

Alle wissen, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann (ob es so weitergehen darf, ist eine andere Frage), aber sogar unser Sonnenkönig Kreisky scheint diesmal ziemlich ratlos.

Die nun stattgefundenen Landtagswahlen in Kärnten haben in keiner Weise eine Veränderung gebracht, geschweigen denn ist eine zu erwarten. Welche Register auf der großen Wahlkampforgel gezogen wurden, weiß jeder, der nur ein bißchen aufmerksam war. Alle drei Parteien, SPÖ, ÖVP, und FPÖ warfen sich die Meinungsuniform um, und buhlten um die Schar der Deutschnationalen und Reaktionäre.

Auf das Verhalten der ÖVP brauchen wir dabei nicht näher einzugehen, wir wissen was von ihnen zu halten ist. Von denen kann man nichts anderes erwarten. Das gleiche gilt für

die FPÖ mit ihrem Volksgesundheitsler Nr. 1, Scrinzi.

Wie kommt es aber, daß plötzlich aus Sozialdemokraten Nationalsozialisten werden. Die regierende SPÖ hat bisher nichts Vernünftiges getan, um die Voraussetzungen für die Erfüllung der fünf Minderheitenartikel des Staatsvertrages durchzusetzen. Alle Versprechungen waren Lippenbekenntnisse. In Wirklichkeit ist das Gegenteil programmiert: Mit emotionalen Parolen gegen eine Minderheit ihre Macht zu stabilisieren und zu zementieren.

Eigentlich ist es ein historischer Zufall, daß die Kärntner SP unter dem Namen "sozialistisch" firmiert. Denn um ein Haar hätte sie nach dem Krieg der ÖVP beim Aufsaugen von Nazis den Rang abgelaufen. Die ÖVP hat 8.000 Nazis aufgenommen, die SPÖ "nur" 6.000.

Dazu meint Dr. Franz Zwitter, Rechtsanwalt in Klagenfurt und ausgetretenes SP-Mitglied: "Mit Parteiausschlüssen gegen einzelne ist nichts mehr zu machen. Um das Ruder her-



umzureißen, müßte Kreisky schon beinahe die gesamte Kärntner Landespartei ausschließen !"

Dafür, daß die SPÖ bei den Landtagswahlen die Nase in dem Rennen um die Gunst der Kärntner Rechten vorn behielt, sorgte recht argumentativ Landeshauptmann Wagner: "Ich bin ein hochgradiger HJ-ler gewesen." Und er verstärkte das wählerwirksame Geständnis durch eine Erklärung, in der er nichts zurücknahm.

Vielmehr als nazistische Vergangenheit haben auch die meisten anderen SP-Spitzenpolitiker in Kärnten nichts zu bieten. Aber das wenige ist immer noch allerhand. Allein sieben der ersten elf Spitzenkandidaten für den neuen Landtag tragen braune Unterwäsche unter ihren sanftroten Anzügen.

Spitzenkandidat Wagner war hochgradiger HJ-Bub - Nr. 2 Exverkehrsminister Frühbauer war NSDAP-Mitglied (Nr. 10035793) - Nr. 3 Landesrat Schober war seinerzeit auf der Napola - Nr. 5 Landtagspräsident Tillian war NSDAP-Mitglied - Nr. 9 Landesschulratspräsident Guttenbrunner war NSDAP-Mitglied - Nr. 10 Landtagsabgeordneter Lubas war bei der SS - Nr. 11 Arbeiterkammerpräsident Stecher war HJ-ler.

Und wenn Spitzenkandidaten der SP keinen NSDAP-Stammbaum nachweisen können, na dann strapazieren sie eben Stalingrad. (Siehe den Auszug aus dem Lebenslauf des Herrn Remigius Krassnitzer aus Friesach für die Bewerbung um einen Listenplatz für den Landtag an seine Partei.)

Basilius Gasparin aus Faak am See schrieb in seinem Lebenslauf: "Während des Krieges bekleidete ich den Rang eines Oberfeldwebels und war an der Westfront eingesetzt. Im Jahre 1944 wurde mir das EK 1 und im Dezember 1944 das EK 2 verliehen."

Bürgermeister Erich Baumgartner aus Weißenegg schrieb ganze 15 Zeilen und im ersten Absatz folgendes: "Ab April 1939 diente ich bei einer Polizeifeldtruppe und war in Frankreich, Griechenland, Jugoslawien eingesetzt." (Anmerkung: Das war eine ganz besonders vornehme Truppe, an die sich Betroffene in den besetzten Ländern, soweit sie noch leben, ganz besonders gern erinnern !)

Die Pflege der Heldenlegenden aus dem Abwehrkampf 1918, die Unterstützung des aggressiven faschistischen "Kärntner Heimatdienstes", das Nachgeben im Streit um die zweisprachigen Schulen unter dem Druck deutschnationaler Kreise, die wirtschaftliche, kulturelle und bildungsmäßige Unterdrückung der Slowenen, all das geschah mit Unterstützung der Kärntner SP und wurde von ihr seit Jahrzehnten als Ausdruck rechter Gesinnung verkauft.

Und als die SPÖ, mit 17 Jahren Verspätung, versuchte, den Staatsvertrag zumindest topographisch zu erfüllen, hatte sie erst recht den Scherm auf; Landeshauptmann Sima wurde von deutschnationalen Demonstranten mit Eiern beworfen - und die umstehenden Polizisten hatten ihre Gaudi, Kreisky wurde in Klagenfurt von Demonstranten attackiert, die "Jude raus" skandierten - und die SP-dominierte Exekutive übte weiche Welle. Daß dieselbe Exekutive beim Sturm auf die zweisprachigen Ortstafeln bei St. Kanzian/Skocijan tatenlos zugesehen hat, ist ein Gerücht. Tatsache ist vielmehr, daß sie den Verkehr mobilisierter Heimatkämpfer regelte. Und von den Kärntner Bombenlegern fand sich auch keine Spur, obwohl sie sich doch so entsetzlich anstrengte. Und daß diese Bombenwerfer vielleicht in den deutschnationalen Kreisen zu suchen sind, nein, dieser Gedanke ist ja absurd.

Durch die Landtagswahlen hat sich die politische Szene in Kärnten im Grund kaum verändert. Selbst Bundeskanzler Kreisky hat aufstürz geschaltet, er will mit den Slowenenorganisationen nicht mehr verhandeln. Aber er hat einen neuen Lösungsvorschlag entwickelt. Durchführung einer Volkszählung besonderer Art im ganzen Bundesgebiet ! In Wirklichkeit sollen die Slowenen gezählt werden, was einem Bruch des Staatsvertrags im allgemeinen und des Artikel 7, Absatz 3 im besonderen bedeuten würde. Diese Volkszählung muß deshalb auf das schärfste abgelehnt werden.

Es wird nichts anderes übrigbleiben, als mit schweren Geschützen aufzufahren. Im Absatz 5 des Paragraphen 7 des Staatsvertrags steht dazu folgendes: "Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroati-



SS-Mann Lubas HJ-Bub Stecher



Napola-Schober HJ-Bub Wagner

schen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist verboten !"

Darunter fallen die Tätigkeiten aller deutschnationaler, reaktionärer und faschistischer Verbände in Kärnten. Darunter fällt auch die Tätigkeit der Kärntner ÖVP und FPÖ. Darunter fällt aber auch unstrittig die Tätigkeit der Kärntner SPÖ !

W. M.

**Deine  
Versicherungen  
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine  
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6  
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14  
Telefon: 62 74 302

# Wem gehören die Slowenen?

Die einzige österreichische Partei, die sich bisher traditionell der Sache der Slowenen in Kärnten angenommen hatte, war die KPÖ. Bei den Landtagswahlen 1970 verlor sie ihr einziges Mandat knapp an die SPÖ. Ihre Hoffnung war nicht unberechtigt, nach den Ortstafelstürmen und der schmählichen Rolle der Kärntner SPÖ selbst unter extrem ungünstigen, von nationalistischen Emotionen bestimmten Bedingungen dieses eine Mandat wiederzugewinnen. Die verbitterten slowenischen SPÖ-Wähler hätten das Reservoir der Unzufriedenen abgeben sollen, aus dem die fehlenden paar Hundert Stimmen geschöpft werden sollten.

Wenn nicht diese Stimmen der KPÖ gestohlen worden wären. Der Dieb heißt Dr. Apovnik, der Anführer der slowenischen Kärntner Einheitsliste (KEL). So zu lesen, wenn auch nicht wörtlich, sondern sinngemäß in der Volksstimme vom 4. 3. 1975, S. 1 u. 2: "Eines ist unbestritten: Hätte die KEL nicht kandidiert, hätte die KPÖ ihr Wahlziel erreicht. Das weiß auch Bundeskanzler Kreisky. Nicht umsonst sprach er gestern vom Listenführer der KEL mit fühlbarer Anerkennung, obwohl ein großer Teil der KEL-Stimmen von früheren SP-Wählern stammt. Was die KPÖ angeht, so hat die KEL viele abgehalten, uns zu wählen, und darüber hinaus rund 500 Wähler, die uns 1970 die Stimme gaben, für sich gewonnen."

Das steht im Leitartikel. Und mit "Hieb und Stich" wird weiter unten um sich geschlagen:

"Kreisky's Apovnik ... Nun hat diese Liste ihre Schuldigkeit getan und verhindert, daß die einzige Partei, die immer auch für die demokratischen Rechte der Slowenen eingetreten ist, nämlich die Kommunisten, wieder in den Landtag einziehen konnten. Und schon stellt sich heraus, daß der Spitzenkandidat der slowenischen Einheitsliste nicht nur SP-Funktionär ist, sondern über den ausdrücklichen Wunsch Kreiskys auch nicht ausgeschlossen werden soll."

Folgt man dieser Wahlkämpferlogik, die sich erst am Tag nach den Wahlen aus den Gehirnwindungen der KP-Ideologen ans Licht der Öffentlichkeit getraut hat – während der Wahlen hütete sich die KPÖ, Angriffe auf die KEL zu starten, denn die Auswirkungen einer solchen Haltung unter den wenigen slowenischen KPÖ-Wählern wäre für die KPÖ noch verheerender gewesen –, dieser Logik folgend stellt sich die Sache dann so dar: Als der liebe Gott die Welt der Wahlen, die Stimmviecher und ihre Jäger, die politischen Parteien erschuf, hat er auch die einzelnen Jagdreviere ein für allemal abgesteckt, um nicht noch Schlimmeres aufkommen zu lassen, als bei den fröhlichen Treibjagden ohnehin zu befürchten war. Bricht dann aber doch so eine bei der Erschaffung der Welt der Wahlen nicht mit einem Jagdschein ausgestattete Gruppe von Jägern unter die traditionelle Jägerschar herein, nennt man das schlicht und einfach Wilderei. Solche Wilderer können nur von den einen Jägern auf Kosten der anderen Jäger und deren Reviere aufgestachelt worden sein, das liegt auf der Hand, die diese Wilderer zum Empfang von Unterstützungs-sprich Bestechungsgeldern aufgehalten haben sollen. (So wars auch mit "offensiv links"). Das muß unterstellt werden, denn die zur amtlichen Genehmigung von Jagdscheinen notwendige Pfründe (im In- und Ausland) sind damals bei der Erschaffung der Welt der Wahlen ein für allemal vergeben worden. So eine Wildererschar

mag zwar mehr erlegen, als die geschädigte früher konzessionierte Jägersrunde, diese wird allemal darauf bestehen, daß die von den Wilderern erlegten Stimmviecher eigentlich ihr rechtmäßiges Eigentum gewesen sind. Soweit das Jägerlatein der Volksstimme.

Auf gut Deutsch gesagt: Wer den Chauvinismus einer Mehrheit bekämpft und die nationalen Rechte einer Minderheit im Land unterstützt, wird es nicht nur verständlich finden, sondern ganz sicher auch begrüßen, wenn die Angehörigen der Minderheit sich organisieren, ihre Forderungen artikulieren und zu vereinheitlichen beginnen. Die KEL war ein – zugegeben widersprüchlicher und notwendig beschränkter Ausdruck einer solchen Entwicklung unter der slowenischen Minderheit in Kärnten. Die Volksstimme schreibt doch selbst, daß der allergrößte Teil der 6.130 Stimmen der KEL auf Kosten der SPÖ-Stimmen gewonnen worden sind. Wäre es nicht korrekter gewesen, der KEL keine stillschweigende Konkurrenz in der Frage der Vertretung der slowenischen Interessen zu machen und dadurch dazu beizutragen, daß die KEL ein Mandat im Landtag erhält? Dieses eine Mandat hätte den Rücken und die Position der Slowenen gegenüber Kreisky und seinen offenen reaktionären Plänen zur Durchführung einer Volkszählung besonderer Art erheblich gestärkt. So gesehen war es die sektiererische Politik der KPÖ, die dem eigentlichen Gegenstand der Kärntner Landtagswahlen, der Slowenenfrage in den Rücken gefallen ist und das Mandat der KEL verhindert hat. Die Kärntner Slowenen werden sich das bestimmt gut merken.

Z. P.

**HEINZ KOLISCH**

**LIEBIGGASSE 9**

**43 32 21**

**1010 WIEN**

**BOOK POWER**



# TERROR + *TERROR*

Die Leitartikler haben es in den letzten Tagen wieder klar gemacht. Die Welt gerät aus ihren Fugen, Terror überall, wo man hinschaut. Natürlich meinen sie damit bloß den nicht staatlich legalisierten Terror. Die Wirkung auf die Öffentlichkeit wird nicht verfehlt: Die Ordnung gehört gestärkt, alle Andersdenkenden werden zu Wegbereitern der Gewalt erklärt. Solange die Linke in Österreich verhältnismäßig einflußlos ist, werden terroristische Kampfformen, die der österreichischen Klassensituation fremd sind, uns noch mehr isolieren. Auch unter der Voraussetzung, daß bestimmte Terroraktionen politisch zu rechtfertigen sind, wird es uns Linken fast unmöglich sein, diese größeren Teilen der österreichischen Arbeiterbewegung verständlich zu machen, das heißt in Einklang mit ihren Interessen zu bringen. Oft führt uns die "Internationale Solidarität" in ein unausweichliches Dilemma. Klassen- und nationale Kämpfe, egal wo sie stattfinden, sind immer stärker auf internationale Unterstützungen angewiesen. Kurzfristig können solche Unterstützungsaktionen aber den Bedürfnissen der eigenen Lohnabhängigkeit entgegengesetzt sein. Werden z.B. Lieferungen an reaktive Staaten storniert, bedeutet das für die davon betroffenen Betriebe oft eine größere Gefahr der Arbeitslosigkeit. Ähnlich steht es auch mit der Verbundenheit zu Gruppen, die unseres Erachtens zu gewaltsamen terroristischen Kampfformen gezwungen sind.

Die Aktionen des "2. Juni" und RAF haben den Linken und der gesamten Lohnabhängigkeit in der BRD nur schweren Schaden zugefügt. Die von diesen Ermordungen, Entführungen und Anschlägen ausgelösten staatlichen Repressionsakte haben die Ausmaße von modernen Hexenverfolgungen angenommen. Die organisierte Linke und die gesamte Arbeiterbewegung wird den dadurch geförderten Trend zum autoritären Staat auszubaden haben. Ähnliche Folgen zeitigten unter anderem IRA-

Bombenanschläge mit Menschenopfern in Großbritannien. Solche Aktionen bringen leider auch die oft berechtigten Zielsetzungen dieser Bewegungen in Mißkredit. Die Traditionen der Arbeiterbewegung in Westeuropa, ihr gesetzlich verankerter Handlungsspielraum und die relative Stabilität der kapitalistischen Systeme wird die Reaktionäre zu Hauptgewinnern von terroristischen Taten mausern.

Das blutige Selbstmordkommando von Al-Fatah-Männern auf ein Hotel in Tel Aviv hatte zum Ziel, einen erwarteten Friedensvertrag zwischen arabischen Staaten und Israel zu verhindern, da eine solche Abmachung wahrscheinlich auch die minimalsten Forderungen der Palästinenser übergangen hätte. In diesem Moment ist man nur auf Mutmaßungen angewiesen, inwieweit die Palästinenser nun von Ägypten total im Stich gelassen werden, oder inwieweit die Al-Fatah mit dem Anschlag nur innerpalästinensische Kritik an den diplomatischen Offensiven Arafats entschärfen wollte. Interessant für die Linke ist die Frage nach dem Recht der Palästinenser, Terror als ein wesentliches Mittel zur Verhinderung von einem geplanten Ausverkauf ihrer Sache anzuwenden. Im Gegensatz zu den Reaktionen der bundesdeutschen "Öffentlichkeit" auf den '2. Juni' und der RAF lösten die meisten gewaltsamen Aktionen diverser palästinensischer Organisationen unter den palästinensischen Massen, aber auch in vielen arabischen Staaten eine Welle vorbehaltloser Unterstützung aus. Ist es undenkbar, daß Terror in irgendeinem westeuropäischen Staat generelle Entscheidungen von Regierungen längerfristig blockieren kann, so haben die Flugzeugentführungen sicherlich einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung des "Rogers Planes" gespielt. Vielleicht der wichtigste Unterschied zwischen den Palästinensern und den fortschrittlichen Bewegungen in Westeuropa liegt in ihrem politischen, sozialen und legalen Aktionsradius. Die aus dem damaligen Israel vertrie-

benen Palästinenser und ihre Nachkommen wohnen mehrheitlich in Flüchtlingslagern in Jordanien, Libanon, Syrien und dem heutigen Israel (Gazastreifen, Westjordanland). Sie leben in einer verzweifelten materiellen Situation, die diversen internationalen Hilfsprogramme waren kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. In politischer Hinsicht mußten sie sich erst ihre heutige Stellung gewaltsam erkämpfen. Kaum einer der im Nahen Osten agierenden Staaten steht wirklich hinter den Palästinensern. Man spannte sie dem Karren verschiedener arabischer Staaten und auch der Sowjetunion vor, solange es für diese Länder in ihrem eigenen Interesse war, man ließ sie aber ebenso fallen, wurde man ihrer überdrüssig. Die Palästinenser sind auf ihre eigene Kraft angewiesen. Bis vor kurzer Zeit war ihnen die diplomatische Arena versperrt, ihre soziale Stellung erlaubte auch kaum eine Vielfalt von effektiven politischen Massenaufhebungsformen, der "militärische" Kampf inklusive spektakulärer Terroraktionen verblieb ihnen als eine entscheidende Kampfform. Mit diesen Ausführungen soll den Palästinensern kein Blankoscheck für ihre Strategie und ihre Methoden ausgestellt werden, in vielen programmatischen und taktischen Fragen stehen wir der PLO kritisch gegenüber (Verhältnis von sozialem und nationalem Kampf, zu unkritische Stellung gegenüber den arabischen Staaten, zu geringe Berücksichtigung der israelischen Arbeiterschaft in der Auseinandersetzung mit dem Zionismus), weiters ist eine immanente Kritik von Terroraktionen notwendig (wer ist ein "Unverantwortlicher", wie stark werden sie Opfer solcher Aktionen, Unterschied von militärischen und zivilen Zielen und Angriffspunkten im In- oder Ausland).

Es wird hier bloß versucht, die auch unter Linken vorherrschende undifferenzierte Haltung zu Fragen des Terrors zu problematisieren.

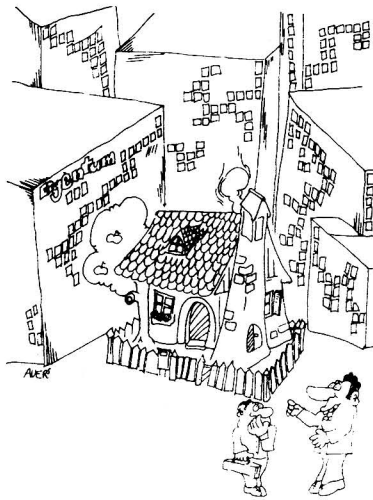
H.S.

# Kommunalpolitik

## Wohnpark Alterlaa

Um die Zukunft des Wohnens geht es wieder einmal angeblich in Alt-Erlaa. Dort sollen in drei Wohnhochhäusern – das höchste hat 26 Stockwerke – 2.900 Wohnungen für ca. 9.500 Bewohner entstehen. Dachschwimmbad und Sauna ist ebenso vorhanden wie eine entsprechende Infrastruktur: Pflichtschule, Handelsakademie, Kindergärten, Geschäfte, medizinische Versorgung, Seelsorge (!) und Volkshochschule... Und das alles für S 1.800,- Anzahlung pro Quadratmeter und an die 26 Schilling monatliche Rückzahlung. Es sieht bestechend aus. Beim näheren Zusehen ändert es sich ein bißchen: Der Preis ist nur deshalb so niedrig, weil u. a. riesige Loggien in der Errichtung den Bauherrn zwar nur die Hälfte kosten, dem Mieter aber zur Gänze verrechnet werden und einige andere Tricks. Trotzdem wäre es noch immer relativ billig. Aber: Nehmen wir eine Dreizimmerwohnung, der häufigste (43,1%) und meist gefragte Typ. Sie haben im Wohnpark zwischen 94 und 124 Quadratmeter. Das heißt, man müßte für sie 170.000 bis 223.000 Schilling auf den Tisch blättern und dann monatlich 2.410,- bis 3.175 Schilling bezahlen. Wer kann sich das leisten? Aber, wird man sagen, es gibt Wohnbeihilfen und Eigenmitteldarlehnen. Stimmt, aber mit der Obergrenze von 90 Quadratmeter für diesen Haushaltstyp.

Fazit: Hier entsteht ein Luxusghetto. Nachdem die Großfeldsiedlung daneben ging, die Per-Albin-Hanson-Ost nach demselben Stempel gebaut wurde, bahnt sich ein anderer Trend an. Die Bevölkerung kann man zwar nicht mit menschenwürdigen Wohnungen zur Genüge versorgen, also baut man Demonstrativbauten für sehr gut Verdienende. Und noch was zeigt sich in Alt-Erlaa: Es zeigen sich soziale Wohnbedürfnisse, aber sie werden schleunigst reprivatisiert. Das ist auch das Ziel dieser Riesenloggien: Sie sind ein denaturiertes Fenster zur Außenwelt, einbezogen in den privaten Wohnbereich.



*Hier wohnt der Architekt, dem wir diese wunderbaren Eigenheime verdanken...!*

## Stadt des Kindes

Bereits im vergangenen Sommer offiziell eröffnet, läuft diese "Stadt" jetzt voll. Es gilt für sie etwa dasselbe wie für Alt-Erlaa: Ein Demonstrativbau um 192 Millionen Schilling bei akutem Mangel bei der Massenversorgung. Die Stadt des Kindes wäre an sich gar nicht so übel: sie könnte als Muster in mancher Hinsicht gelten – wenn sie es wäre. Gewöhnlich bleiben aber diese Bauten demonstrativ und werden eben kein Beispiel, es sei denn, 40 Jahre zu spät, wenn sie bereits überholt sind (Beispiel: Karl-Marx- und sonstige Höfe der Zwischenkriegszeit).

Einige kurze Informationen: In dieser Stadt leben 20 Familien. Eine Familie besteht aus 10 Kindern, einer Betreuerin, einem Betreuer und einer Wirtschaftshelferin. Dazu kommen je 30 Burschen und Mädchen über 16 Jahre, die in – getrennten! – Heimhäusern wohnen. Die Stadt soll offen für Besucher und Anwohner geführt werden, eine Kinderbetreuungsstation soll auch für die Umgebung sorgen. Dazu kommen eine Bibliothek, eine Diskothek, ein Hallenbad, Tennisplätze etc.

Die GESIBA möchte also dem Auftrag des Gemeinderates nachkommen, "eine Erziehungseinrichtung zu schaffen, die junge Menschen zu wertvollen Mitgliedern unserer Gesellschaft heranziehen soll."

## Bauforschung

Nach der Wohnbauförderung stehen heuer der Bauforschung ein Prozent, rund 80 Millionen Schilling, zur Verfügung. Was geschieht damit? Nun, es wird an Antragsteller für alle möglichen Projekte vergeben. Der Gedanke wäre nicht schlecht, endlich einmal nicht blind darauf los zu bauen, sondern neuere Erkenntnisse zu berücksichtigen. Wenn es so wäre. Aber der Großteil dieser Vorhaben ist total unkoordiniert, die Ergebnisse verschwinden in den untersten Schubladen des Bautenministeriums. Der gute Gedanke bleibt. Die 80 Millionen aber sind zum Großteil in den Rauchfang zu schreiben.

## WEM'S NICHT PASST, DER SOLL IN DEN OSTEN GEHEN ...

Anlässlich der Kündigungen bei Swarovski erschien in der TIROLER TAGESZEITUNG vom 12. März 1975 ein Leserbrief, den wir auszugsweise und kommentarlos wiedergeben, da wir nicht besser gegen die Unternehmer argumentieren können, als sie es selbst tun.

Mit linksextremem Geschrei und persönlichen Drohungen gegen die Leiter des Unternehmens schafft man keine Ausgangsbasis für die Besserung der Verhältnisse und vor allem keinen Absatzmarkt. Wenn jemandem die Zustände in unserem Lande nicht passen, kann er ohne weiteres in jene Länder gehen, in denen angeblich paradiesische Zustände vorherrschen, die Grenzen sind zumindest von unserer Seite vollkommen offen. Von zuständiger Seite wird man gut daran tun, nicht an dem Unternehmen herumzukritisieren, das kann schließlich jeder, sondern in sachlicher Vorgangsweise auf die tatsächlichen Ursachen der Krise einzugehen und Hilfe zu leisten, soweit es möglich ist. Damit ist letztlich auch jedem Arbeitnehmer des Werkes am meisten gedient. Josef Praxmeir, Obmann des Wirtschaftsbundes in Wattens, Hans Hechenbichler, Obmann des Wirtschaftsbundes in Fritzens





# Sozialstaat Österreich



Die Fakten sind bekannt. Betriebs-schließungen und Massenkündigungen sind auch in Österreich aktuell geworden. Zum Handkuß kommen vorerst Gastarbeiter, Frauen und ältere, somit "verbrauchte" Arbeitskräfte. Dort, wo dies nicht genügt, trifft es alle. Am Beispiel von drei Betrieben soll gezeigt werden, wie dies im Sozialstaat Österreich über die Bühne geht.

## JUNIOR - WERKE

Tochter eines US-Konzerns, Erzeuger von Fahrrädern. Seinerzeit wurde die ausländische Firma mit Freuden nach Österreich geholt. Schließlich hat man es in Köflach mit einem Notstandsgebiet zu tun. Doch wann geht schon ein "Multi" nach Köflach? Nur, wenn es sich für ihn lohnt. Billige und arbeitswillige Kräfte sind vorhanden. Ein Ex-Radstar ebenfalls, der als Direktor fungieren kann. Fehlt nur noch das Ausgangskapital. (Man wird doch nicht das eigene nehmen, wenn es anders auch geht.) Hier wird ebenfalls Abhilfe geschaffen. Bund, Land und Gemeinde lassen sich nicht lumpen. Dutzende Millionen werden flüchtig gemacht. Die Produktion kann beginnen. Der US-Konzern bestimmt Markt und Preis der Produkte. Millionen Gewinne werden aus Köflach geholt. Doch dann entdeckt der US-Konzern ein neues lukratives Billigland. Die Aufträge an Junior gehen zurück, denn es wird "zu teuer" produziert. Noch einmal wird das Land zur "Arbeitsplatzrettung" aufgefordert und es

werden wieder Millionen der Firma zur Verfügung gestellt. Ohne Bedingungen, versteht sich. Diese Millionen werden eingestreift, doch neue Aufträge kommen nicht. Es gibt eine Absatzkrise für Fahrräder - aber da kann man eben nichts machen. Der Betrieb wird gesperrt. Der US-Konzern hat seine Millionen ins Trockene gebracht, der Ex-Radler seine Villa und die Arbeiter ihre Arbeitslosenunterstützung. So hat jeder das bekommen, was ihm zusteht. "Soziales Österreich"!

## TYROLIT - SWAROVSKI

Die ersten 600 Kündigungen sind über die Bühne gegangen. Im Jänner teilte man stolz der Öffentlichkeit mit, daß bei Tyrolit erfolgreiche "Rationalisierungsarbeit" geleistet wurde und damit die Konkurrenzfähigkeit der Firma am Weltmarkt gesichert sei. Wenige Wochen später hört sich das anders an und weitere 600 sollen auf die Straße gesetzt werden. Swarovski ist Familienbesitz. Eine der "großen" Familien in Österreich. Daß diese Familie radikal den "Herr-im-Haus"-Standpunkt verfolgt, ist jedem bekannt. Wenn auch im Management Fehler gemacht wurden, geht das niemanden was an. Für was hat man denn schließlich eine eigene Firma. Jahrelang hat doch diese "soziale Familie" Tausenden Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt. Jetzt gibt es eben Schwierigkeiten und man kann Hunderte "treuer Mitarbeiter" nicht mehr brauchen.

Eines wird aber zugesichert, man wird "soziale Härten" vermeiden. Daher fliegen in erster Linie Gastarbeiter und Frauen auf die Straße, also so arg ist diese Familie gar nicht, denn mehr Opfer konnten nicht erwartet werden.

Soziales Österreich, wo eine Handvoll Menschen über das Wohl und Wehe vieler Tausender, ja sogar einer ganzen Stadt entscheiden!

## PUCH

Da schlug des steirischen ÖVP-Landesfinanzier Herz höher. Während er sich mit den schweren Vorwürfen wegen Junior auseinandersetzen mußte, kam die Meldung von den geplanten Kündigungen bei Puch. Also hatte man doch recht getan, bei Junior Millionen zu verschenken, denn gegen Stornos von Fahrradaufträgen ist nicht einmal Puch gefeit. Ein Großauftrag aus den USA wurde storniert, denn die Amerikaner haben jetzt andere Sorgen als "Fit mach mit" auf Puch-Rädern. Wie reagiert ein Konzern wie Puch: Er schließt die Abteilung und setzt "Arbeitskräfte" frei. Die Privatindustrie hat es ja bereits vorgeführt. Auch wenn Puch dem Staat gehört, heißt das noch lange nicht, daß man andere betriebswirtschaftliche Kriterien, als kapitalistische hat. Doch 1975 ist Wahljahr und daher kann die Regierung bei Puch nicht einfach zuschauen. Außerdem ist der "schöne Hannes" über den Undank der Unternehmer empört.

Trotz Milliardengeschenken in den letzten Jahren schieben sie den Schwarzen Peter der SP-Regierung zu. Daher setzt er sich in Bewegung und erklärt den Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze für seinen Kampf. Die Gewerkschafter Benya und Sekanina, aber auch Betriebsratsobmann Hammerl sind verärgert ob soviel Mutes. Sie haben in sozialpartnerschaftlicher Manier bereits die wirtschaftlichen Argumente der Firmenleitung anerkannt und den Kündigungen Verständnis entgegengebracht. Angeblich wird eine "soziale Lösung", unter Mitwirkung aller Partner getroffen. Statt der angekündigten 700 müssen nur mehr 395 die Firma verlassen.

Die Erfolgsmeldung lautet dann so: 250 Gastarbeiter und 145 österreichische Arbeitskräfte mußten "freigesetzt" werden. Bei den Österreichern handelt es sich um Kollegen, die noch heuer in Pension gegangen wären!

#### Das Spiel mit der Angst

Die angeführten Beispiele sind nur die der Öffentlichkeit bekanntesten Fälle. In dutzenden Betrieben werden derzeit Kündigungen und Entlassungen vorgenommen. Die Arbeitslosenziffern steigen. Trotz kosmetischer Retuschen ist die offiziell angegebene Arbeitslosenzahl um 10.000 höher als im vergangenen Jahr. (Im Vorjahr galt der Karenzurlaub als Zeit der Arbeitslosigkeit, daher werden 8.000 Frauen in der Statistik nicht mehr berücksichtigt).

Mit diesen Zahlen kommt die Angst. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Für viele jüngere Menschen ein bisher unvorstellbares Gefühl. Diese Angst nutzen die Unternehmer weidlich aus und "putzen aus", wie es in ihrer Sprache so schön heißt. Im Zeichen der Krise werden Antreibermethoden forciert, Kranke und "untüchtige" Arbeitskräfte rücksichtslos gefeuert.

Auch das ist der Sozialstaat Österreich!

Die Unternehmer werden sich solche Methoden solange erlauben können, solange sich die Arbeiter das gefallen lassen!

Veranstaltung – zum 1. Mai

# Gegen die Multinationalen- internationaler Klassenkampf

**Es sprechen:** Willi Scherer (BRD), BRO Küppersbusch  
Armand Jung (F), Sekretär der PSU  
Hans Resch, BRC, ÖMV-ZTL Lobau

## KÜNSTLERISCHES PROGRAMM:

**Topsy Küppers** mit ihrem neuen Programm

29.4.1975 – 19,30 Uhr  
Gewerkschaftshaus  
1040 Wien, Treitlstr. 3

GE und FÖJ/Bfs rufen auf zu einer gemeinsamen

## 1. Mai – Demonstration

über die Ringstraße

»FÜR KÄMPFERISCHE  
GEWERKSCHAFTEN«

### Erfolge mächtiger Gewerkschaften

Vom ÖVP-„Volksblatt“ erwartet man kein Lob der Gewerkschaften. Und doch ist das der Fall. Es berichtet aus Italien:

„Italien wäre ein Wunderland, wenn es nur nach der Statistik ginge. Obwohl das Land wie alle Industrienationen mit der Rezession zu kämpfen hat, ist die Arbeitslosenzahl innerhalb eines Jahres nur um 4,5 Prozent auf 1,122.500 gestiegen. Das ist vor allem ein Erfolg der mächtigen Gewerkschaften.

Sie haben durchgesetzt, daß Unternehmen erst dann Arbeiter entlassen dürfen, wenn ein Jahr lang mit Kurzarbeit und allen möglichen Mitteln versucht worden ist, die Arbeitsplätze zu erhalten.

Seit Beginn der großen Absatzkrise ist bei den Fiat-Werken noch kein einziger Mann entlassen worden, doch 70.000 arbeiten regelmäßig kurz. Die staatliche Lohnausgleichskasse für Kurzarbeiter hat ihre Ausgaben in einem Jahr versiebenfacht. 1974 wurden rund 160 Millionen ausgefallene Arbeitsstunden beinahe vollständig ersetzt.“

Ob diese ÖVP-Zeitung, in der Regel ist sie das Sprachrohr der Industriellenvereinigung, die österreichischen Gewerkschaften ebenso positiv beurteilen würde, wenn sie durch gewerkschaftliche Kämpfe die gleiche Regelung durchsetzen wollten? Was das betrifft, braucht sich die ÖVP allerdings nicht beunruhigen; so weit wie die italienischen Gewerkschaften wird die ÖGB-Führung bestimmt nicht gehen.



## revolutionäres AFRIKA

Zeitschrift mit Berichten und Dokumenten über den Befreiungskampf der Völker in Azania (Südafrika), Namibia (Südwestafrika), Zimbabwe (Rhodesien) und den portugiesischen Kolonien.

Herausgegeben vom Komitee Südliches Afrika (KSA) – Wien.

Preis: öS 5.- (DM 1.-, sfr 1.-) + Porto  
Abo (4 Hefte incl. Porto): 25.- (DM 5.-)

### Bestellungen

durch Überweisung (mit Angabe des Zahlungszwecks) auf das Konto Nummer 601-228-604 der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

# Das Geschäft und die Moral

## Die Voest, ihr Südafrikageschäft und Kreiskys Stimmungen...

Zuerst bekam der Außenminister einen Moralischen: Es bestünde moralische Verpflichtung gegenüber der UNO und der Dritten Welt, die südafrikanischen Rassisten nicht zu unterstützen. Androsch rückte das Bild zurecht: Reine Marktüberlegungen seien maßgebend. "Die afrikanischen Staaten sind ja inzwischen zahlungskräftige Kunden geworden," und ihren Boykott österreichischer Waren kann man nicht riskieren. Und schließlich zeichnet sich bei Kreisky ein "Stimmungsumschwung" ab. Er will die Sache noch einmal prüfen.

Worum geht es? In Saldanha in Südafrika soll ein Stahlwerk errichtet werden. Daran sollen neben der südafrikanischen ISCOR (mit 51%) auch ausländische Unternehmen beteiligt werden: KLÖCKNER (BRD), HOOGO VENS (Holland), ITALSIDER (Italien) mit jeweils um die 10 Prozent. Und die VÖEST mit 26 Prozent, das sind ca. 6,5 Milliarden Schilling. Verhandlungen darüber laufen seit 3 Jahren. Zwischendurch wollten es sich die Linzer schon anders überlegen. Das Projekt war ihnen nicht geheuer. Und dann kam im Vorjahr in der UNO eine Südafrika-Debatte, in der die Länder der Dritten Welt scharf gegen alle offenen und heimlichen Unterstützer der Rassisten vorgingen. Schon damals fiel Österreich unangenehm auf: Gegen verbindliche Beschlüsse des Sicherheitsrates hatte es die Brüder in Rhodesien beliefert, schon damals ein Stahlwerk – RISCO Nr. 1 und Nr. 2 – erbaut. Auf die Rüge ließ Kreisky mit der ihm eigenen stoischen Ruhe antworten: "Die Bundesregierung zieht einen ganz klaren Trennungsstrich zwischen den Geschäften der VÖEST-Alpine und der Politik Österreichs. Ganz wohl war ihr aber offenbar nicht. Und als das Südafrika-Projekt abgeschlossen werden sollte, schritt sie ein. Und der Geifer floß: "Dolchstoß für die VÖEST-Alpine-Zukunft... devote Politik gegenüber der UNO... "Das war ausgerechnet der ÖAAB und sein Angestelltenbetriebsrat in Donawitz. Die Unter-

nehmer reagierten eher gelassen. Ihre Sorge war höchstens, daß damit ein Präzedenzfall geschaffen würde und Österreich (!) vielleicht "erpreßt" werden könnte.

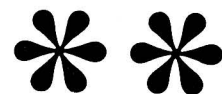
Ein Einzelfall? Keineswegs. Es kam nur umständehalber etwas an die Oberfläche. Es ist schon recht eigenartig, die Unternehmenspolitik der Verstaatlichten zu verfolgen. Dazu noch ein Beispiel. Während in Griechenland verhaftet, gefoltert und deportiert wurde, vereinbarte STEYR mit den Obristen die Errichtung eines riesigen Fahrzeugwerkes. Die gesamte österreichische Produktion mittlerer LKW-Typen sollte nach Griechenland verlegt werden. Damals, 1972, schrie niemand wegen der Gefährdung von Arbeitsplätzen. Übrigens, STEYR gehört der staatlichen CA. Gleichzeitig, im Mai desselben Jahres, verhandelten die ÖSTERREICHISCHEN STICKSTOFFWERKE mit den Faschisten. Die damals noch selbständige ALPINE, BÖHLER, ELIN und einige andere führten Beteiligungsgespräche und lieferten...

Südafrika, Rhodesien, Griechenland. Hinzufügen könnte man zu den Lieblingen der österreichischen Wirtschaft das seinerzeitige Portugal, Brasilien und weitere. Rassisten, Faschisten, Gorillas. Das hat natürlich seinen Grund. Ihre Stabilität und "innere Sicherheit" – wie brüchig sie ist, zeigen Griechenland und Portugal – lassen sie als dankbare Ziele für stärkste Ausbeutung ohne großes Risiko erscheinen. Die Löhne sind niedrig, und daß sie auch niedrig bleiben, daß es möglichst keinen Streik gibt, dafür sorgen die dortigen Militärs und Polizisten. Die österreichischen Unternehmer und ihr Staat, derzeit in Kommission der Sozialdemokratie, betreiben nur in ihrem Maßstab eine verbreitete Politik, eine neokolonialistische, d.h. imperialistische Politik. Es geht nicht nur um den Absatzmarkt, sondern auch um ein Versorgungsfeld für Rohmaterialien. Und dabei finden die Unternehmer eine eifrige Stütze beim schwarzen ÖAAB.

Kein Wunder, dieser Angestellten- und Beamtenbund zittert um seine Vorteile, kurzsichtiger als die Kapitalisten selbst: Die Wirtschaftskammer hat nur "bedauert" (schließlich hat es nur einen Konkurrenten, noch dazu einen staatlichen und starken getroffen), der ÖAAB dagegen schäumt. Und die Regierung weicht zurück.

Die Aufrichtigkeit des Herrn Kreisky im Fernsehgespräch vom 16. März war entwaffnend: Wir wissen nicht, ob die Löhne in 5 Jahren immer noch so niedrig sind. Unternehmer aber müssen nun mal längerfristig planen. Und die Lage in Südafrika ist nicht so stabil, auch wenn das "schockierend" ist. Trotzdem werden wir das Projekt noch prüfen.

Und die VÖEST? Sie versucht so oder so ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Eine Beteiligung an der südafrikanischen Hafengesellschaft wird ins Auge gefaßt, denn die würde die UNO weniger aufregen. Interessant, was das VP-"Volksblatt" dazu zu sagen hat: "Gott sei Dank: die VÖEST-Alpine hat so ein Management, das vor allem wirtschaftlich denkt und handelt. Ob der eine nun ein "Roter", der andere ein "Schwarzer" ist – die meisten Mitarbeiter wissen es nicht einmal, weil sowohl der eine wie der andere noch einmal in erster Linie ein VÖEST-ler ist." Ob Sozialdemokrat oder nicht, hoch lebe der Profit, dreimal hoch in der Verstaatlichten.



## BRD

### Die Auseinandersetzungen in der Krise

Seit den ersten Anzeichen der Krise ist es das wesentlichste Anliegen der Unternehmer, deren Folgen auf den Rücken der Arbeiter und Angestellten überzuwälzen, durch starke Preissteigerungen, geringe Lohnerhöhungen, Entlassungen und Kurzarbeit, starke Intensivierung der Arbeit etc. Dies gelingt in den verschiedenen kapitalistischen Ländern verschieden, je nach dem Stand der Arbeiterbewegung. In der BRD gelangen die Bemühungen der Unternehmer besonders gut, weil die deutsche Arbeiterklasse die ganze Nachkriegszeit hindurch ihre Forderungen nicht in Kämpfen aufstellte, sondern durch DGB und Betriebsräte am Verhandlungstisch durchzusetzen vermochte. Dies hat im wesentlichen zwei Folgen für das Verhalten der Arbeiterklasse in der Krise: Sie hat erstens relativ geringe Kampferfahrung und ist weitgehend entpolitisiert, sie sieht sich daher zweitens unter dem besonderen Druck der Strategien des Kapitals.

Die letzten Lohnabschlüsse der IG-Metall waren gezeichnet von den permanenten Versicherungen der Arbeitgeberverbände, sie würden weniger "Arbeit geben", wenn die Gewerkschaft auf mehr als auf den von den Unternehmern gebotenen 6% bestehen würde. Auf dem Hintergrund von Kurzarbeit und Entlassungen in der Automobilbranche ging die Gewerkschaft in ihren Forderungen von anfänglich 11% auf 6,8% hinunter, ein

Ergebnis, das selbst eingefleischte Pessimisten nicht erwartet hätten. Und sogar für diesen katastrophalen Lohnabschluß mußte die IG-Metall zu einer Reihe von Unterstützungstreiks greifen, eine Taktik, zu der die IG-Metall sehr ungern gegriffen hat, weil ihr der Unmut der Basis in den Betrieben bewußt war. Tatsächlich gab es viele Widersprüche: Die Stimmung bei den Kollegen lief darauf hinaus, sie würden nicht für Reallohneinbußen streiken (Inflationsrate in der BRD 1974: 7%), entweder für 11% oder gar nicht.

Kaum hatte aber der Lohnabschluß mit 6,8% stattgefunden, verstärkte sich der Druck der Unternehmer auf die Arbeiter und Angestellten; die Friedenspflicht gilt ja bekanntlich nicht für sie. So begannen sie, die 0,8%, die der Abschluß ihres Erachtens zu hoch war, von den übertariflichen Zulagen abzurechnen. Die Arbeitsintensivierungen wurden weiter erhöht, neue Zeitnehmer geschickt. Allfällige Neueinstellungen wurden zu niedrigerem Lohn und nur auf 3-6 Monate befristet durchgeführt. Zeitlöhner wurden durch Änderungsklagen dequalifiziert.

Entsprechend auch die Stimmung in den Betrieben. Die alten Betriebsräte haben häufig Probleme, bei den Ende März bis Ende Mai in der gesamten BRD stattfindenden Betriebsratswahlen wiedergewählt zu werden.

Die subjektiv größtenteils wirklich ehrlich gemeinte Versicherung dieser Leute: "Kollegen, mehr war einfach nicht drin", zieht heute nicht mehr. Es mag zwar stimmen, daß auf dem grünen Tisch nicht mehr möglich gewesen wäre – aber dann beginnen die Kollegen eben an der Taktik selbst zu zweifeln. Die IG-Metall versucht, um ihre alten Betriebskaiser zu retten, mit einer ehemals recht verpönten Strategie vorzugehen: Sie kandidiert mit zwei Gewerkschaftslisten, um zu verhindern, daß die Kollegen die Wiederwahl des Betriebskaisers dadurch vereiteln, daß sie ihn einfach nicht ankreuzen; wenn nämlich keine Listen aufgestellt werden, ist die Betriebsratswahl eine Persönlichkeitswahl. Gegen diese IG-Metall Listen kandidieren heute eine Reihe von fortschrittlichen Kollegen; so etwa bei Ford Köln. Dort war es den bisherigen Betriebsräten Kuckelkorn und Lück gelungen, einen dreitägigen vorbildlichen gemeinsamen Streik von Arbeitsemigranten (vorwiegend Türken) und deutschen Kollegen durch eine Reihe von Spaltungsmanövern zu brechen. Diese beiden Betriebsräte hatten nicht einmal davor zurückgeschreckt, mit Meistern und Vorarbeitern eine Demonstration gegen den Streik durchzuführen...

Freilich, der Protest in den Betrieben beginnt sich erst zu artikulieren; mit allen Widersprüchlichkeiten, mit allen Fehlern. Ein Ausdruck davon ist der teilweise gelungene Einbruch von CDU/CSU in die Arbeiterschaft. So haben sich etwa im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, die für April geplant sind, neben SPD-Betriebsgruppen auch eine Anzahl von CDU-Gruppen gebildet. Dies stellt ein echtes Problem dar, weil auch die für die SPD relativ günstigen Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz nicht über den Vormarsch der Reaktion hinwegtäuschen können. Zum ersten hat die SPD/FDP-Koalition auch dort verloren (SPD: 1975 38,5% gegenüber 1971 40,5%, FDP: 1975 5,6% gegenüber 1971 5,9%, während die CDU heute bei 53,9% liegt gegenüber 50% 1971). Zum zweiten ist die Situation dort eher atypisch, weil der CDU-Anteil schon immer



9. April 1975 bis 10. Mai 1975

KE ROSENLAUI

Berner Oberland, Schweiz

Morphische Malerei

Permanente Diaschau während der Dauer der Ausstellung

Vortrag und Film "retour de saturne" zur Vernissage am

9. April 1975 um 19 Uhr

## GALERIE AUSTERLITZ

1090 Wien 9, Währinger Straße 57 – Telefon 42 50 654

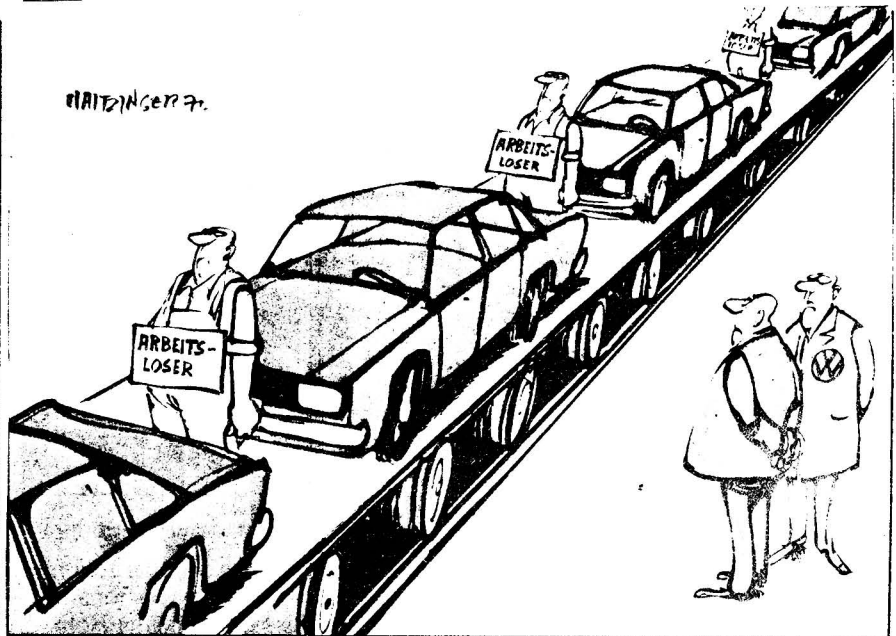
Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 14 – 19 Uhr, Samstag 10 – 13 Uhr

unverhältnismäßig hoch war und deshalb richtige Einbrüche zu ihren Gunsten kaum zu erwarten waren – wenn auch nicht so atypisch wie die Berliner Angstwahl, wo die Abenteuerer vom 2. Juni den sattsam bekannten Irrsinn begangen haben, der der CDU voll in die Hände spielte.

Neben dem stärkeren Druck der Unternehmer auf die Arbeiter gibt es noch ein weiteres Moment, das die Kollegen aus ihrer bisherigen "Ruhe" zu verstärkten Auseinandersetzungen getrieben hat: Die gesamte Automobilindustrie hat sofort nach dem unglaublichen Lohnabschluß unter der Inflationsrate vorher angekündigte Kurzarbeit zurückgenommen, Entlassungen und Kündigungen gestoppt, ja sogar neue Arbeitskräfte eingestellt und Überstunden fahren lassen. Dies hat bei den Kollegen verstärkten Unmut hervorgerufen, weil sie die Demagogie der Arbeitsgeberverbände vorher voll ernst genommen hatten: "Schlechte Auftragslage, keine Arbeitsplätze". Lediglich VW-Audi-NSU, in deren Aufsichtsrat übrigens ein gewisser Kollege Eugen Loderer, IG-Metall-Vorsitzender, sitzt, ist derzeit vom Aufschwung nicht betroffen – was aber vor allem auf das Mißmanagement und die Liquidierung von Audi-NSU (betroffen sind etwa 35.000 Kollegen) zurückzuführen ist. So gab es eine Reihe von kleineren Kämpfen in den einzelnen Abteilungen und Firmen, kleinere Konflikte, die zwar zeigen, daß die deutsche Arbeiterklasse sich darauf vorbereitet, zu kämpfen; von größeren Kämpfen kann derzeit allerdings noch nicht gesprochen werden.

Eine andere Sache sind freilich eine Reihe von Betriebsbesetzungen, von denen man in letzter Zeit gehört hat. Sie sind allerdings rein defensive Maßnahmen der Arbeiterklasse, mit wenig Erfolgsaussichten, wenn beispielsweise ein kleinerer Einzelkapitalist in Konkurs gegangen ist. Wenn der Betrieb steht, ist diese Waffe leider recht stumpf. Ein begrenzter Erfolg allerdings wurde durch die Besetzung bei Mannesmann erzielt: Dort wurden die Betriebsstätten besetzt, um sozialpolitische Sicherungsmaßnahmen für die Belegschaft und die Entlassung des Personaldirektors durchzusetzen. Die Besetzung wurde



„Wir produzieren nouordings nicht nur Autos“

Nürnberger Nachrichten

erst beendet, als eine Reihe von Zusicherungen seitens der Unternehmensleitung gemacht wurden.

1975 wird für die BRD ohne Zweifel ein recht entscheidendes Jahr werden; weniger wegen der diversen Wahlen, als wegen der sich verschärfenden Arbeitskonflikte. Man wird sehen, ob es der Arbeiterklasse gelingen wird,

durch ihre Kämpfe auf die Gewerkschaftspolitik zurückzuwirken und ihre Organisierung in die Hand zu nehmen; ob sich Klassenkampf, in der Nachkriegszeit den Linken als Versatzstück der dreißiger Jahre in die Schuhe geschoben, nicht aktualisiert.

R. P.



Das Foto hat doppelt symbolischen Charakter. Es zeugt von der maßlosen Brutalität der chilenischen Junta gegenüber ihren Gegner, und gleichzeitig ist es ein Dokument dafür, daß der Widerstand sich weiterhin organisiert: denn die Aufnahme vom schwer gefolterten Bautista van Schowen ist kein Schnappschuß von irgendwelchen Pressefotografen! Sie entstand trotz strengster Kontrollen in einem Militärhospital in Chile. Uns erinnert dieses Bild des mutigen Revolutionärs und Funktionärs der MIR auch an die Appelle dieser Organisation, beim gemeinsamen Kampf gegen die Gorillas politische Meinungsverschiedenheiten hintanstellen, was für die Solidarität mit Chile bedeuten müßte, das sektiererische Interesse der verschiedenen linken Organisationen zugunsten der gemeinsamen Sache zurückstellen.

## PORTUGAL

### Richtung Sozialismus

Mit dem kläglich gescheiterten Putschversuch General Spinolas und einiger Offiziere seines Schlages wurde in Portugal der Rubikon überschritten. Es war dieser tölpelhafte Wurf, der es bewirkte, daß die gefallenen Würfel alle die rote Farbe zeigen. Viele schwerwiegende Probleme innerhalb der MFA, der Bewegung der Streitkräfte, Spannungen zwischen den Koalitionsparteien in der Provisorischen Regierung, manche Befürchtungen bezüglich des Ausgangs der Wahlen und der Pläne der reaktionären Parteien, die quälende Frage, ob das Programm der Streitkräfte der legal gewählten Regierung aufgezwungen werden müßte – sie sind alle schlagartig weggewischt worden. Dieser Wust von Momenten der Unsicherheit auf Seiten der progressiven Kräfte dürfte die Repräsentanten der portugiesischen Bourgeoisie dazu verleitet haben, Vabanque zu spielen – und zu verlieren.

Wie sah die Entwicklung kurz davor aus? Anfang Februar liefen NATO-See- und Luftmanöver vor den Küsten Portugals mit der hübschen Code-Bezeichnung "Locked Gate", geschlossene Tür, ab. Vor dem Zentrum von Lissabon ließ der amerikanische Flugzeugträger "Saratoga" seine Anker fallen. Ende Februar wurde ein wirtschafts- und sozialpolitisches Programm der Provisorischen Regierung für die kommenden drei Jahre und ein Sieben-Punkte-Plan der MFA bezüglich ihrer eigenen Rolle nach den Wahlen veröffentlicht. Das Programm sah die Entmachtung der Familienkonzerne, die Enteignung der Großgrundbesitzer, die Nationalisierung des Versorgungswesens für Grundnahrungsmittel, Mehrheitsbeteiligung des Staates an allen industriellen Großunternehmen (außer den ausländischen) vor. Die künftige Verfassung muß die Proklamation der Streitkräfte nach der Revolution vom 25. April 1974 zu ihrer Grundlage haben. War das schon ein Signal für die Herren der Wirtschaft und der Finanz, mußte die zögernde und wi-

dersprüchliche Haltung der Koalitionsparteien und der MFA angesichts der blutigen Ereignisse in Setubal Anfang März von bestimmten Teilen des Offizierkorps als günstiges Zeichen zum Losschlagen gewertet worden sein. (In Setubal hielt der rechte Flügel der Provisorischen Regierung, die PPD/Demokratische Volkspartei/eine Wahlversammlung ab. Verschiedene linksextreme Gruppen haben die Versammlung gesprengt, die eingreifende Polizei zunächst in die Flucht geschlagen und später in ihrer Kaserne belagert. Dabei fielen Schüsse, die einen Toten und mehrere Schwer- und Leichtverletzte unter den Demonstranten gefordert haben. War die Atmosphäre der Koalitionsparteien in der Provisorischen Regierung schon vor dem blutigen Wochenende in Setubal gespannt, überboten sie sich nachher gegenseitig an Beschuldigungen.)

Die MFA und die demokratischen Kräfte Portugals sind aus der Krise gestärkt und einheitlicher hervorgegangen. Nebst rechten Offizierskadern wurden verschiedene Industrielle, Bankiers und Vertreter reaktionärer Parteien Portugals verhaftet. Die Großbanken des Landes sind auf Initiative ihrer Belegschaften, die die Banken spontan besetzt hatten, in Staatseigentum überführt worden. ebenso die großen Versicherungsanstalten. Die Wahlen sollten, wie angekündigt, am 12. April abgehalten werden. Sie werden nun darüber Auskunft geben, wieweit die Landbevölkerung die Botschaft der Revolution verstanden hat, wie die Kräfteverhältnisse zwischen kommunisti-

schen, demokratisch-sozialistischen und kleinbürgerlichen Kräften und Parteien aussehen.

Der nach dem Putsch gegründete Revolutionäre Rat der Streitkräfte stellt die endgültige Institutionalisierung der revolutionären Rolle der portugiesischen Armee dar. Er sprach ein Verbot der Christlichen Demokraten Portugals wegen Beteiligung an den Putschvorbereitungen aus und bestimmte, welche Parteien bei den kommenden Wahlen (als neuer und letzter Termin wird der 24. April genannt) Listen aufstellen dürfen. Die MRPP (Maoisten) und die Arbeiter-Bauern-Allianz gehören nicht dazu. Sie bezeichnen die KPP als Sozialfaschisten und die Militärs als Handlanger derselben...

Was aber am meisten auf der portugiesischen Szenerie knapp vor den Wahlen besticht, ist die spontane Mitarbeit der Zivilbevölkerung an der Sicherung und Kontrolle der demokratischen Errungenschaften des Landes. Der Zoll am Flughafen Lissabons hat erhebliche Verstärkung erhalten, so daß jeder Ausreisende genau gefilzt werden kann, ohne daß erhebliche Verspätungen bei den Flügen eintreten. Und vor der geschlossenen Grenze nach Spanien werden Privatautos nach jeder Ortschaft aufgehalten und untersucht.

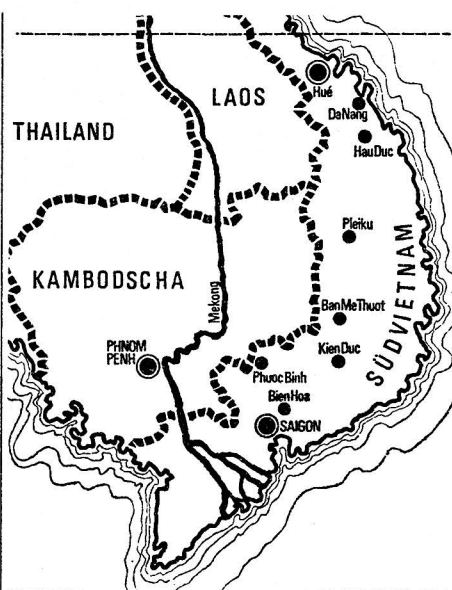
Kein Wunder, daß sich die Erzdemoskraten in der NATO und der EWG, die ein halbes Jahrhundert Rechtsdiktatur stillschweigend bedauert haben, plötzlich starke Worte finden, aus denen Besorgnis, ja Bestürzung spricht...  
...

## INDOCHINA

### Nach Phnom Penh — fällt Saigon?

Phnom Penh wird von der Roten Khmer seit über einem Jahr bereits belagert. Der Fall der umzingelten Hauptstadt Kambodschas ist mit der Offensive der Befreiungstreitkräfte in Südvietnam koordiniert worden, wie die gesamte militärische Taktik der Befreiungsbewegungen in Indochina auf die Situation der verrotteten Thieu- und Lon-Nol-Cliquen und der innenpolitischen Lage in den USA abgestimmt ist.

Kissinger, der im Nahen Osten alle Hände voll zu tun hat, eine den US-Interessen entsprechende Vermittlungspolitik erfolgreich zu betreiben, dieser Kissinger könnte am Ende seiner gegenwärtigen Mission mit dem Sichtbarwerden der verlorenen Illusionen über eine US-Herrschaft in Indochina den letzten Rest seiner Glaubwürdigkeit verloren haben und dort landen, wo sein Komplize in der dreckigsten US-Außenpolitik al-



ler Zeiten, Richard Nixon, bereits gelandet ist. Bald wird sich herausstellen, daß die Pariser Verträge nur ein von den vietnamesischen Kommunisten gewährter Aufschub, eine Schonfrist für den empfindsamen US-Riesen waren, damit dieser wenigstens in den Unterhosen von der Szene verschwinden konnte.

Lon Nol ist 1970 durch einen CIA-Putsch in dem bis dahin neutralistischen Kambodscha an die Macht gelangt. Er öffnete die Grenzen des Landes für die US-Armee und die Saigoner Truppen. Prinz Sihanouk, der sich zum Zeitpunkt des Putsches im Ausland befand, bildete eine Exilregierung in Peking. Nur drei Jahre dauerte es, bis die Truppen der Roten Khmer vor den Toren Phnom Penhs standen, Schritt um Schritt die Verbindungswege zur Außenwelt zunächst zu Land, dann zu Wasser und nun auch zu Luft unterbindend. Allein im Monat Februar haben sie 20.000 Regierungssoldaten außer Gefecht gesetzt und 289 Stellungen erobert. Sie beschießen den Flughafen Pochentong mit erstklassigen US-Kanonen, die der flüchtende Feind intakt zurückgelassen hat. Desertion wird nicht mehr bestraft, da sie eher die Regel als die Ausnahme darstellt. Nach dem Fall der letzten strategisch wichtigen Ortschaft außerhalb von Phnom Penh, dem Fährstützpunkt am Mekong Neak Luong, ist das Schicksal der kambodschanischen US-Vasallen besiegelt. Es wurde auf dem zweiten Kambodschanischen Kongreß in

der befreiten Zone am 24. und 25. Februar beschlossen, deren sieben nach dem Sieg vor ein Volksgericht zu stellen. Der eine von den sieben, der Oberbefehlshaber General Sosthenes Fernandez, wurde inzwischen von den anderen sechs geschäft. Lon Nol selbst wird von seinem eigenen Bruder Lon Non wegen seiner Unfähigkeit aufs heftigste kritisiert. Ministerpräsident Long Boret versucht im letzten Moment durch eine Kehrtwendung Voraussetzungen für Verhandlungen zu schaffen. Eine alte Taktik, auf die weder die Roten Khmer noch Sihanouk eingehen werden.

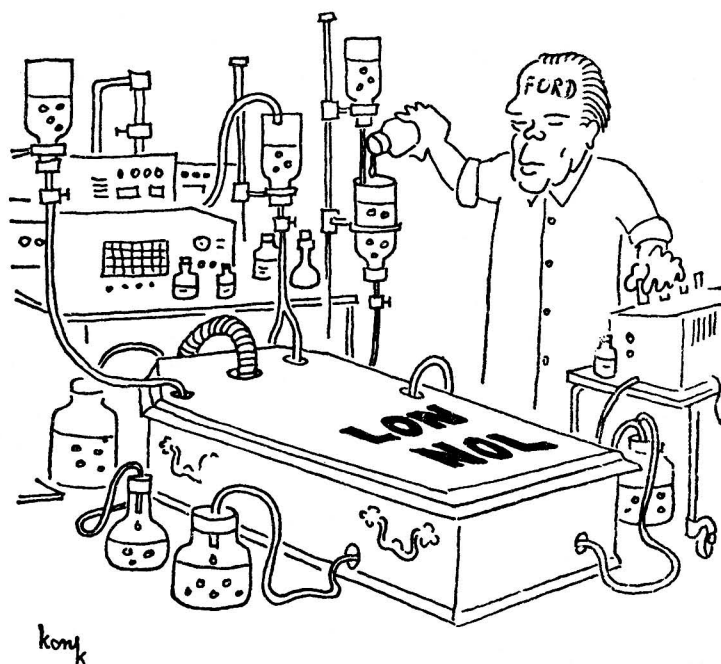
Der Aufforderung der Roten Khmer an die in Phnom Penh stationierten Botschaften, ihr Personal aus Sicherheitsgründen zu evakuieren, wird bereits Folge geleistet. Und es sind nicht nur Ländervertreter, die ohne hin eine symbolische diplomatische Präsenz ihres Landes wahrzunehmen hatten. Auch die Amerikaner packen. Denn an eine Rettung durch eine US-Luftbrücke glaubt niemand mehr. Der US-Kongreß weigert sich, weiteres Geld für die von der Ford-Administration vorgeschlagenen Rettungsmaßnahmen zu bewilligen. Dieser geht es auch nicht mehr um eine wirkliche Durchsetzung von Hilfsmaßnahmen für Lon Nol, sondern um die psycho-

logische Vorbereitung des Kongresses auf den Fall Kambodschas und der daraus erwachsenden Erschütterung des Vertrauens anderer Marionetten-Regimes und Militärdiktaturen in die Unterstützungswilligkeit und -fähigkeit der USA. Die Domino-Theorie seligen Angedenkens wurde wieder ausgegraben. Aus Thailand müssen die USA ihr militärisches Personal binnen zwölf Monaten abziehen... Kissinger spekuliert darauf, wenigstens die für Saigon vorgesehene Dollarhilfe noch einmal durchsetzen zu können.

Aber das Schicksal Thieus scheint auch schon besiegelt. Während der parallel zur verschärften Belagerung Phnom Penhs gestarteten Großoffensive in Südvietsnam sind während einer einzigen Woche fünf Bezirkshauptstädte von den Streitkräften der Provisorischen Revolutionsregierung befreit worden. Ihre Panzerspitzen tauchten nur 60 Kilometer vor Saigon auf. Durch die Befreiung des gesamten Zentralen Hochlands wäre Südvietsnam an seiner engsten Stelle ziemlich genau zweigeteilt.

Wenn Phnom Penh gefallen ist könnte sehr bald Saigon an der Reihe sein.

Z.P.



Kony

(Dessin de KONY)

# Bedeutet Feminismus Emanzipation?

Die Befreiung der Frau kann nur unter Aufhebung der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit erfolgen. Existieren nämlich beide Bereiche getrennt voneinander, bleibt die Jahrtausende alte Tradition bestehen, die die Frau an das Ghetto des Hauses fesselt.

Bisher war es die Frau, die die Verantwortung für die Produktion und Reproduktion der Ware Arbeitskraft trug. Der Frau kam bei der Gestaltung des Privatlebens die dominierende Rolle zu. An diesem Verhältnis ändert sich aber fast nichts, wenn die Frau nun auch ihre Arbeitskraft zu Markte trägt. Was sie in diesem Fall erreichen kann, ist bestenfalls eine gerechte Teilung der Hausarbeit mit dem Mann und gleichen Lohn. Nur das erreichen zu wollen, wäre Emanzipation im bürgerlichen Sinn.

Es gibt keine privaten Probleme, da die gesellschaftlichen Verhältnisse ursächliche Konfliktauslöser sind. Sozialistisches Bewußtsein und damit verbundene Verhaltens- und Handlungsweisen setzen nicht automatisch mit den geänderten Produktionsverhältnissen ein. Das Argument "Das Sein bestimmt das Bewußtsein" beinhaltet eine rein mechanistische Denkweise, weil es eine Bewußtseinsänderung vor der Änderung der Produktionsverhältnisse unmöglich scheinen läßt. (Damit argumentieren zumindest viele "Marxisten"). Eine Bewußtseinsänderung ist vielmehr ein langandauernder Prozeß, der keinen Anfang und kein Ende hat und – was allzuoft vergessen wird – sie bestimmt sehr wohl das Sein.

Bei der Beschäftigung mit Emanzipationsfragen wirft sich die Frage auf, ob eine eigene Frauenbewegung sinnvoll ist.

Ein Großteil der in Frauenbewegungen organisierten Frauen sind ehemalige Linke, die, von ihrem dortigen Untergenossendasein frustriert, zu dem Schluß gekommen sind, man müsse sich in einer eigenen Frauenorganisation zusammenschließen.

Die meisten Mitglieder dieser Organisationen sind "emanzipiert", d. h. sie haben für sich Bedingungen geschaf-

fen, unter denen sie "gleichberechtigt" mit oder ohne Männer in Wohngemeinschaften oder Ehen leben. Selten sind es Frauen, die sich leicht in Verlegenheit bringen lassen, die Reuehemmungen haben, die Opfer von männlicher Aggressivität und Selbstsucht sind. Kurz gesagt, selten sind Arbeiterinnen oder "gewöhnliche" Hausfrauen unter ihnen. Es sind Studentinnen, junge Akademikerinnen, Berufstätige in sozial höherer Stellung, Schülerinnen und "Ausgeflippte".

Sie kennzeichnet in ihrer Zusammensetzung wie in ihrem Inhalt dieselbe Widersprüchlichkeit wie die Linke überhaupt. Sie kämpfen nicht aus ökonomischen Zwängen heraus, sondern aus intellektuell-moralischen Gründen. Ihre Stärke ist die Identifikation mit den Unterdrückten, die fremdes Leid als eigenes erfahren läßt. Die individuelle Situation ist nicht mehr durch Berufs- oder Pensionschancen definiert, der Horizont erstreckt sich über die Zukunft der menschlichen Gesellschaft überhaupt. Damit geht eine intellektuelle Entfremdung vom Durchschnittsbewußtsein der Lohnabhängigen, im speziellen der Frau, einher. Man hat richtig erkannt, kann es aber nur schwer vermitteln.

Fordern Feministinnen "Gleichberechtigung", so meinen sie damit nicht das Recht, mit Männern zu konkurrieren, im Gegenteil, sie meinen damit die Aufhebung des Konkurrenzkampfes überhaupt, die Abschaffung der Geschlechterrollenteilung, d. h. die Emanzipation des Menschen.

Sie können unter anderem so hohe Forderungen stellen, weil sie sich zum Großteil aus bürgerlichen Schichten rekrutieren und das entsprechende Rüstzeug für den Konkurrenzkampf mitbringen. Frauen, bei denen dies nicht der Fall ist, verlassen sehr bald Frauenorganisationen.

Es scheint oft, daß die Angriffspunkte der Feministinnen nicht in erster Linie die ökonomische Ungleichheit der Frau gegenüber den Männern oder die Rolle der Frau als Sexualobjekt sind, sondern daß sie den Mann als Patriarchen, als Vertreter kapitalisti-

scher Unterdrückungsmechanismen zum Hauptfeind schlechthin erklären. Sie spalten das System in Patriarchat und Kapitalismus und entziehen sich damit jeder Klassenpolitik. Diese Vorgangsweise dient dann sehr oft der Reaktion: es ist bekannt, daß das Frauenwahlrecht der Rechten Stimmen zutrug, daß Frauen erfolgreiche Streikbrecherinnen waren und anderes mehr.

Am deutlichsten wird die Ablehnung des Mannes bei den radikalen Feministinnen und ihrem Aufruf zur Homosexualität. Sie gehen davon aus, daß in dieser Gesellschaft befriedigende heterosexuelle Beziehungen nicht möglich sind, da die Liebe einer Frau zu einem Mann Unfreiheit mit sich bringt.

Dies würde aber bedeuten, männliche Aggressivität sei angeboren und nicht eine von Kindheit anerzogene Verhaltensweise. Ich glaube vielmehr, daß jede Form der Liebe, egal ob homo- oder heterosexuell, Abhängigkeit erzeugt, welche aus der Furcht entsteht, diese Liebe zu verlieren. Außer dem gibt es keinen Grund, warum der Mann sich nicht nach Liebe und Wärme und Geborgenheit sehnen sollte. Hindert ihn doch nur sein aufgezwungenes Rollenverhalten, dies zuzugeben. Dasselbe Rollenverhalten, das manche "emanzipierte" Frau hindert, Gefühle zu zeigen, dem die Angst zugrunde liegt, ihrer Scheinemanzipation Abbruch zu tun. Man verhindert durch die totale Ablehnung des Mannes ein Bündnis vor allem mit jenem Teil der Männer, die dem männlichen Konkurrenzverhalten und Leistungsdruck, kurz dem männlichen Rollenverhalten, nicht gewachsen sind oder die es ablehnen mitzutun. Ein Bündnis mit den schüchternen, den sensiblen Männern, die nicht davon träumen, Casanovas zu sein, die die leistungsorientierte Atmosphäre der Diskotheken, Arbeitsstätten oder politischen Organisationen hassen. Sie werden zu einer pervertierten Solidarität mit Männern gezwungen, die sie verabscheuen.

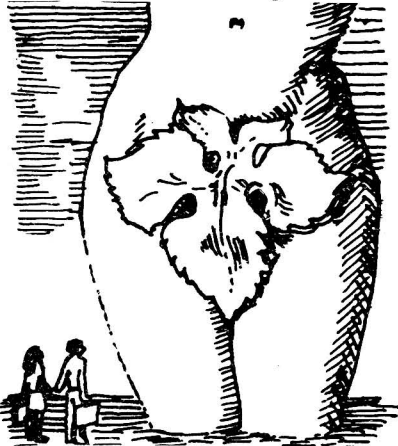
Gerade linke Frauen, die ja mit Recht darauf bestehen, daß der Mann nicht von Natur aus der Überlegene ist, müßten diese spezifischen Ver-



haltensmuster und Funktionen gemeinsam mit Männern aufzeigen. Indem sie ihre eigenen Rollen erkennen und analysieren, die die Grundlage für ihre Unterdrückung sind, können sie aus diesen ausbrechen.

Für eine linke Organisation ist es notwendig, daß sich Frauen innerhalb dieser zusammenschließen, denn das vielzitierte Schlagwort "nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren", hat auch für Frauen Gültigkeit.

Dieser Zusammenschluß bedeutet Protest gegen die stumpfsinnige Zufriedenheit eines Hausfrauen- oder sonstigen Daseins, Bewußtmachen der Unterdrückung. Es beinhaltet aber noch keinen positiven Schritt zur Aufhebung der Unterdrückung. Dazu ist das Zusammenwirken von Frauen und Männern notwendig. Die Frau kann ihre Rolle nur verstehen und definieren, wenn sie die des Mannes versteht und umgekehrt.



Die dreifache Ausbeutung der Frau (auf emotioneller Basis durch die Männer, im Beruf und im Haushalt) muß aufgezeigt, das Desinteresse der "funktionierenden" Frau an Frauenproblemen muß überwunden werden, die doch nur Angst und Unsicherheit vor der eigenen Identitätsfindung ausdrückt. Die Dominanz von Männern in politischen Organisationen muß problematisiert und hinterfragt werden, ob es nicht an den Individuen liegt, die solche Organisationen geschaffen haben, wo dieses Rollenverhalten möglich ist. Eine Organisation, die von ihrer Struktur her die Dominanz einer Minderheit ermöglicht, ist hier fehl am Platz.

Beide Geschlechter müssen sich anders - aber auf jeden Fall zueinander - verhalten. Frauen und Männer gemeinsam sind stark.

C. G. ■

## INFORMATIONEN - und SCHULUNGSREIHE der GE-Wien

- Mittwoch, 2. April : Arbeitsverfassung  
 Mittwoch, 9. April : Die internationale Gewerkschaftsbewegung  
 Mittwoch, 23. April : Automation - Rationalisierung und Rationalisierungsschutz  
 Mittwoch, 14. Mai : Unmittelbarer Schutz von Arbeitnehmerinteressen  
 Mittwoch, 21. Mai : Die GE und der Sozialismus

### Veranstaltungsort:

Sitzungssaal der GE, 1090 Wien, Porzellangasse 33a, Stiege 4/Parterre  
 Beginn: 17.30 Uhr, Dauer 2 Stunden

# FRAUEN LIEDER

LP 33/30  
Stereo

Best. Nr.  
US L 35  
DM 18.-

von Frauengruppen aus München, Frankfurt und Darmstadt\*\*\*\*\*

+ Frauenglück + Frauen gemeinsam sind stark + Sing keine Lieder vor meinem Fenster + Muttertagslied + Satisfaction + Man hat uns von Kopf bis Fuß auf Männer eingestellt + Debout les femmes + Frauenzentrumslied + When I'm walking down the street + Es kommt der Tag, wo die Berge sich bewegen + Frauen auf die Barrikaden + Marinella + Chauvi-Rock + Tippe + Hausfrauenblues + Schaf im Wolfspelz + Tante Klara + Wir sind die roten Frauen + Wenn der Feminismus endlich glüht +



Von heute an  
gibt's mein  
Programm!

**74**  
**FRAUENOFFENSIVE**  
8 München 80 Josephsburgstr. 16  
**TRIKONT**

dazu eine amerikanische Frauenplatte:  
Gesonderten Prospekt der FRAUEN-OFFENSIVE bestellen!

**VIRGO RISING** ★★  
LP 33/30  
Best.Nr. L 58 ca. DM 20.-

## Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME .....

ADRESSE .....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)  
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.



Es ist schon viel über die Hochschulreform geschrieben und geredet worden. Aber all das ist nicht so wichtig. Solange die Bewegung an den Hochschulen nicht über die jetzigen zentralen, koordinierten, ziemlich unglaubwürdigen Kämpfchen hinausgeht, wird sich nicht viel ändern. Ärgern tun sich im wesentlichen vor allem die Professoren, denen vom Ministerium eine Reihe von Privilegien weggenommen wurde – aber schon nicht allzuviel. Dafür kann der Staat stärker in den Hochschulbetrieb intervenieren, indem z.B. ein Rektoratsdirektorsposten geschaffen wurde, der die Interessen des Staates (der ja schließlich die Interessen des Kapitals durchzusetzen hat) an den Universitäten vertreten soll. Dagegen "streikten" die Professoren Anfang März, die gleichen Professoren übrigens, deren oberster Vertreter, Prof. Welther, Vorsitzender des Professorenverbandes, 1966 in einem Rechtsgutachten erklärte, Streikrecht für öffentlich Bedienstete wäre verfassungswidrig.

Das UOG (Universitätsorganisationsgesetz) regelt im wesentlichen den Betrieb an den österreichischen Hochschulen. Es löst das alte Hochschulorganisationsgesetz von 1955 ab und beginnt zunächst einmal kosmetisch:

Alle bisherigen Hochschulen werden zu Universitäten erhoben, wie Putzfrauen zu Raumpflegerinnen. Dann sieht es die Bestimmungen über die Lehrpersonen vor, wobei sich an den grundlegenden Fragen (Erfordernis des Erwerbs einer eigenen Extralehrbefugnis für Professoren im Regelfall; Berufungen durch die Fakultät

# UOG

## Darfs a bisserl weniger sein?

ohne studentische Mitsprache etc.) nichts geändert hat. Allerdings traf man Vorsorge, um etwaigen "aufmüpfigen" Studenten das Tor weisen zu können, verstärkte man das "Weisungsrecht" des Rektors. Dieser muß nun bei politischen Veranstaltungen seine Zustimmung geben, d.h. er kann ihm politisch nicht genehme Studenten von der Universität verweisen.

Überall dort, wo die fortschrittlichen Studenten Chancen hätten, bestimmte Studienverschärfungen und Reglementierungen zu verhindern, wurden die Bestimmungen wesentlich gemildert. Dies gilt vor allem für die Bestimmungen über die Studienkommissionen. Die Studienkommissionen haben den gesetzlichen Auftrag, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen über Studienpläne und Studienrichtungen (also quasi die Gewichtung der einzelnen Lehrfächer nach Anzahl der Stunden) zu verabschieden. Da die gesetzlichen Bestimmungen über die Studienkommissionen eigentlich weitgehend den Studienablauf bestimmen, haben Studienkommissionen eigentlich kein wesentliches Aufgabenbereich. Allerdings gibt es eine gesetzliche Möglichkeit, das Erlassen dieser Studienpläne zu verhindern: Die Studienkommissionen sind als einziges Universitätsgremium drittelparitätisch besetzt (also gleichviel Studenten, Assistenten und Professoren sind in diesem Gremium vertreten). Das Blockveto einer dieser drei Gruppen führt dazu, daß der mit den restlichen zwei Drittel gefaßte Beschluß nicht wirksam wird. (Also können fortschrittliche Studenten Beschlüsse der im Regelfall reaktionären Professoren- und Assistentenvertreter verhindern).

Konsequenterweise geht hiergegen der Hauptstoß der Reaktion und des Ministeriums. Die Professoren sind gegenwärtig bis zum Verfassungsgerichtshof gegangen, um die Bestimmungen über die Studienkommissionen

wieder aufheben zu lassen. Das Ministerium hat sich allerdings auch etwas einfallen lassen: Es hat – wenn ein Blockveto eine bestimmte

Zeit lang aufrechterhalten wird – sich die Möglichkeit vorbehalten, Blockvetos einfach aufzuheben. Außerdem setzt es Studenten, die ihre Studienkommissionsmitglieder zu Blockvetos drängen, unter gehörigen Druck – bis zur Androhung, für alle Studenten einer Studienrichtung einfach die Stipendien zu streichen und die Studienrichtung auslaufen zu lassen (Soziologie, Politologie !!!)

In diesem Zusammenhang sind die vier Forderungen, die von den "streikenden" Professoren gestellt wurden, interessant, da sie zeigen, wes' Geistes Kinder diese sind.

1. Die Freiheit der Wissenschaft ist nur dann gewährleistet, wenn die Personen, denen maßgeblicher Einfluß zukommt (gemeint ist der "maßgebliche Einfluß" der Studenten in den Studienkommissionen !) zur Rechenschaft gezogen werden können. Da dies bei Studenten nur in zeitlich begrenztem Ausmaß möglich ist (man studiert ja schließlich "nur" durchschnittlich fünf bis sechs Jahre und es gilt für das Mitspracherecht der Studenten der Leitsatz: entweder ein Leben lang mitsprechen können oder gar nicht), ist ihr Mitspracherecht fraglich.

2. Studenten sollen in jenen Bereichen mitbestimmen, in denen ihre Interessen unmittelbar betroffen werden.

Was geht es die Studenten an, welcher Professor berufen wird, wie das Budget verteilt wird, welche Lehrmittel angeschafft werden, nach welchen Studienordnungen sie studieren, nach welchen Kriterien ihre Prüfungen beurteilt werden. Davon sind sie doch nicht unmittelbar betroffen.

Aber die "streikenden" Professoren räumen den Studenten auch Rechte ein, nämlich:

# Uni- News

## Anno dazumal— modern

Die ANR (Aktion Neue Rechte) war bis vor kurzem eine rechtsradikale Konkurrenzgruppe des neonationalsozialistischen BNS (Bund Nationaldemokratischer Studenten). Im Dämmerlicht der ÖH-Wahlen erkannte man auf beiden Seiten erstens die Gemeinsamkeit: Faschismus, Militarismus und großdeutsche nationalistische Hetze; zweitens die eigene personelle Schwäche. (Nebenbei: der BNS wurde inzwischen verboten, das wichtigere, die BNS-Mutter NDP ist vereinsrechtlich noch immer zugelassen, das heißt, der BNS lebt weiter als NDP-Hochschulgruppe). Die Folge

## UOG— (Fortsetzung)

3. Den Studenten möge ein Kontrolle über die Lehrveranstaltungen eingeräumt werden.

Sehr gnädig von den Herren Professoren, wir wollen lieber nicht danach fragen, wie weit sich die Kontrolle ihrer Meinung nach erstrecken "dürfte".

4. Bei der Vergabe von Habilitationen, Lehrmitteln, Budgetmitteln u.a.m. müsse die Willensbildung der Habilitierten maßgebend sein.

Hier ist jeder Kommentar überflüssig. Rektor Pasche (TH) meinte empört, daß durch das UOG "...gesellschaftspolitische Ziele auf Kosten der Wissenschaft verfolgt" werden. Einmal richtig gedacht, Magnifizienz, doch den falschen Schluß gezogen. Besagte gesellschaftspolitische Ziele (sprich: Anpassung des Ausbildungswesens an die kapitalistischen Erfordernisse und Kostenverminderung der Ausbildung) gehen auf Kosten der Lohnabhängigen und Studenten — und die werden sich zu wehren wissen.

R. P. C. G.

davon ist: man vereinte sich zum Rechtsblock. Im Hintergrund stehen deutschnationale Burschenschaften, deren höchste Ideale Ehre, Freiheit und Vaterland sind, — die antidemokratische Hetze nicht zu vergessen.

Ist es Zufall, daß gerade jetzt faschistische Kader vordrängen?

Von gesellschaftspolitischen Zufällen zu reden, ist unhaltbar. Die zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen fortschrittlichen Kräften und den herrschenden Machtstrukturen radikalieren sich beim Auftreten ökonomischer Spannungen. Sie bilden auch den Hintergrund faschistischer Tendenzen und Gruppen. Trotz ihrer Winzigkeit, setzen sie alles ein, um Aufsehen zu erregen, Verwirrung zu stiften und — die Entwicklung des deutschen Nationalsozialismus zeigt das sehr deutlich — letzten Endes eine Atmosphäre der Angst zu schaffen. In der Wahl der Mittel ist man dabei sehr unbenommen (siehe den blutigen Terror in Italien und die paramilitärischen Schlägertrupps der NDP in der BRD und in Österreich).

Ziel dieser Gruppen ist es, fortschrittliche Kräfte mit allen Mitteln zu vernichten, um dem autoritären Polizeistaat den Weg zu bahnen. Tendenzen in dieser Richtung sind eindeutig in der BRD (Franz Josef Strauß und Konsorten), wie auch in Italien und anderen europäischen Staaten zu verfolgen. (Der "vorbildlichste" Faschismus mordet derzeit in Chile).

In Österreich formierte sich in jüngster Zeit die Rechte zweifellos in Kärnten; dort forcierten sich Brutalität und Rassendiskriminierung am stärksten.

An den österreichischen Hochschulen tut sich aber noch einiges mehr an der "rechten Seite". Nicht nur der Rechtsblock, auch die JES (wenn auch mit eher religiöser Auflage) die "Neue Mitte" sind Ausdruck des in Bewegung geratenen rechten Lagers. Die JES, Junge Europäische Studenten, eine sich pseudoprogressiv gebärdende — ein Charakteristikum aller ihrer Aktivisten — monarchistische (!) Paneuropabewegung mit u.a. Otto von Habsburg im bundesdeutschen Rücken grenzt sich ab gegen ÖSU und RFS. (Diese beiden Fraktionen, CV ((ÖSU)) und Burschenschaft mit Säbelschnitt ((RFS)), zei-

gen bekanntlich eindeutige Zeichen "progressiver Paralyse"). Die, ach so "modernen" und "weitblickenden" JES-Leute zeichnen sich aus durch penetrant elitäres Verhalten; ein Kollege: "Wenn einer von den JES einmal Vorgesetzter in einem Betrieb ist, so sind dessen zukünftige Untergebene heute schon zu bedauern, wenn keine klassenbewußten Gewerkschaften den ÖGB kontrollieren." Die Neue Mitte wiederum ist ein Sproß der sogenannten "Weltchristen", eine radikal antikommunistische Sekte, die von Südkorea ausgeht und dessen Oberhaupt ein vertrauter Freund seines Präsidenten Park Chung Hee ist. Dieses Oberhaupt der Weltchristen ist bezeichnenderweise Fabrikant, und die in seiner Fabrik beschäftigten Arbeiter, durchwegs Weltchristen, arbeiten "freiwillig" nur für Quartier und Kost, wobei u.a. Kinderarbeit sehr häufig ist. Welcher Geist hinter solchen Sekten steht ist also leicht zu erkennen.

In der konkreten politischen Lage an den Hochschulen ist natürlich die Aufspaltung des rechten Potentials unmittelbar für die linken Studentengruppen keine Nachteil. Ein Nachteil ist aber die dogmatische Sektiererei der Linken, die vorrangig damit beschäftigt sind, sich von anderen linken Gruppen betont abzugrenzen und einander erschöpfende "Auseinandersetzungen" liefern, anstatt sich solidarisch gegen rechte Formierungen zu behaupten. Dogmatische Führungsansprüche u.a.m. führen eher dazu, daß den restlichen Kollegen, anstatt sie anhand einer konkreten Praxis der Linken von sozialistischen Ideen und der Aktualität des historischen Materialismus zu überzeugen.

Wäre die Linke eine einheitliche fortschrittliche Kraft, so könnten die Spaltungen der Rechten (von ÖSU bis Rechtsblock), welche das erste Stadium einer Neuformation des rechten Potentials und gleichzeitig deren vorläufige Schwäche darstellen, der fortschrittlichen Studentenschaft nur erhöhten Erfolg bringen. Aber diese schwache Stelle der sich radikalierenden bürgerlichen Fraktionen bleibt ungefährdet bei Fortsetzung der derzeitigen "linken Diaspora".

Josef Loidl

Ab 13. April 1975, 19 Uhr

Wien 2, Odeongasse 1/Ecke große Mohrengasse

# Studentensonntag im CLUB LINKS

*Diskussion*

über Strategie, Agitation  
an der Uni, über Wurstbrot  
und Wissenschaft

*Information*

über Erfahrungen  
an den Instituten

*Kommunikation*

über alles andere ...

## offensiv links - Kandidatur an den Hochschulen

Die Studentengruppe der FÖJ/Bewegung für Sozialismus wird zusammen mit dem ZBS (Zentrum Basisdemokratischer Sozialisten)/Innsbruck und einigen Institutsgruppen auf der Liste "offensiv links" an den im Mai 1975 stattfindenden Hochschülerschaftswahlen teilnehmen. Verhandlungen mit anderen Gruppierungen sind noch im Gange.

### DIE ACHTE LINKE WEISHEIT ?

Wir wollen denjenigen linken Strömungen, die vom innerlinken Hick-Hack und dem ständigen elitären Profilierungszwang die Nase voll haben, eine Gelegenheit bieten, in einer Öffentlichkeit ihre Vorstellungen einer emanzipatorischen Praxis zum Ausdruck zu bringen. Die bedeutenden Gegensätze in fast allen Fragen zwischen den diversen linken Organisationen können nur in unvoreingenommen ideologischen Diskussionen und gemeinsamen politischen Aktionen einer Überprüfung unterzogen werden. Uns geht es nicht um eine Einigung auf kleinstem gemeinsamen Nenner, sondern um eine offene Infrastruktur, in der fruchtbringende Auseinandersetzungen stattfinden können mit dem Ziel einer gemeinsamen politischen Praxis (im Gegensatz zum heutigen Abgrenzungswahn).

### STELLUNG ZUR ÖH

Bestimmt kennt kaum jemand die Namen "unserer" ÖH-Vertreter. Außer in Wahlzeiten ist auch von ihnen nichts zu merken. Sie sind die meiste Zeit mit Cliquenkämpfen, Postenschacher und antichambrieren voll ausgelastet. Wenn aber nun fortschrittlichere und kämpferischere Mandatäre in die heutige ÖH einziehen, werden sie nicht viel mehr ausrichten können. Ihnen werden vom Ministerium die finanziellen Mittel entzogen, sie werden vom bürokratischen Apparat erwürgt oder sie verwandeln sich wegen der undemokratischen Struktur der ÖH bald zu selbstherrlich Politik betreibenden Bonzen.

Uns erscheint deshalb eine "konstruktive" Politik in der ÖH als sinnlos. Wir wollen keine Politik für die Studenten machen, sondern wir wollen mithelfen Strukturen zu schaffen, in denen die Studenten ihre Politik selbst bestimmen: Entscheidungen und Personen sollten einer fortlaufenden Kontrolle ausgesetzt werden, Hörervollversammlungen sollten die wesentlichen Organe zur Diskussion und Entscheidung der Politik der Studentenvertreter sein.

Neben diesen beiden Fragen wird das angezüchtete Konkurrenz- und Leistungsverhalten bei den Studenten und weiters die Probleme einer linken Berufspraxis Schwerpunkte unserer Agitation bilden.

MUSIK-DISKUSSION-AKTION-KOMMUNIKATION

# CLUB LINKS

1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Gr.Mohrengasse)

Tel: 24-70-402

- 4.4. Zsolt Patka **Die neue Arbeiterklasse**
- 11.4. Prof. POLLAK **Schulbuchmisere in Österreich**
- 12.4. **CHILE SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG**
- 18.4. INDOCHINA KOMITEE **Zur Lage in Indochina**
- 19.4. **Die Wirkung des Theaters auf das menschliche Bewußtsein** mit Polit.Theater porobyá
- 25.4. Magulies Patka Reiterer Steiner **Zur Frage d. Organisation**
- 26.4. **Liederabend: ERNST BUSCH**
- 1.5. **Maifest**
- jeden Sonntag:* **Studentenabend** <sup>ab 19Uhr</sup>

*jeden Montag:*

**AKTUELLER ABEND**

Geöffnet Montag, Freitag und Samstag ab 19Uhr

Diskussionsbeginn 19Uhr30